

# arbeitnehmer

ZEITSCHRIFT DER ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

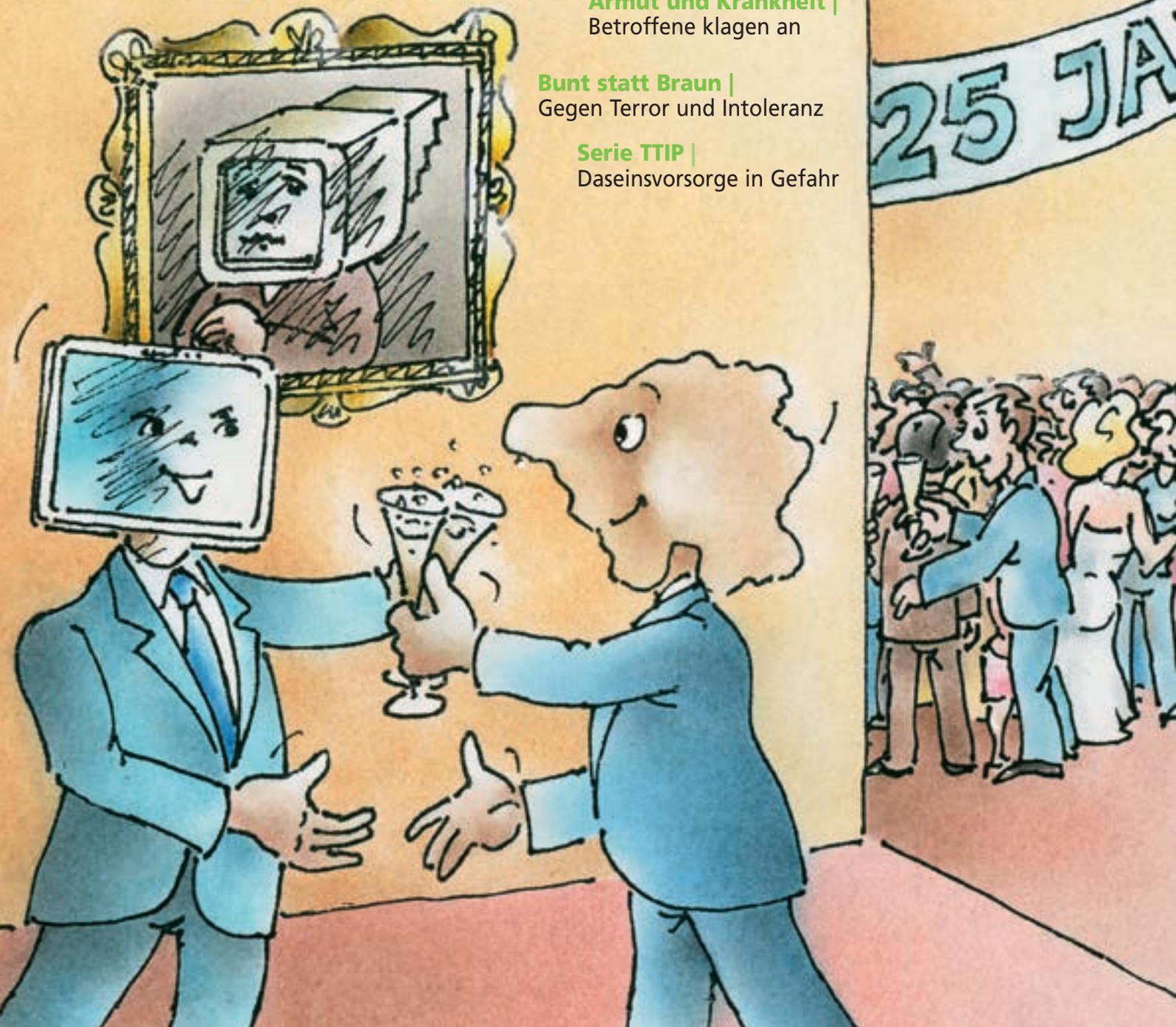
1|15

## 25 Jahre BEST Für bessere Arbeit

**Armut und Krankheit |**  
Betroffene klagen an

**Bunt statt Braun |**  
Gegen Terror und Intoleranz

**Serie TTIP |**  
Daseinsvorsorge in Gefahr



# Wollen Sie beruflich flexibel bleiben?



In Ihnen steckt weitaus mehr, als Sie vielleicht vermuten. Wir helfen Ihnen, sich beruflich und persönlich weiter zu entwickeln. Informieren Sie sich auf unserer Internetseite über unser vielfältiges Seminarprogramm.

Wollen Sie's jetzt wissen?

[www.bildungszentrum-kirkel.de](http://www.bildungszentrum-kirkel.de)



der Arbeitskammer des Saarlandes

**Editorial** In dieser Ausgabe ist der Rückblick fast schon Programm. Das hat einen simplen Grund: die sechswöchige Erscheinungsweise des „arbeitnehmer“ und seine lange Vorlaufzeit. So kommt es, dass wir im Februar des neuen Jahres über etliche Veranstaltungen berichten, die im vergangenen Jahr stattgefunden haben. Das betrifft sogar das Titelthema, denn BEST, die Tochter von Arbeitskammer und DGB, feierte ihren Geburtstag bereits im Herbst 2014. Doch im letzten Heft des alten Jahres beleuchtete das Titelthema traditionell die Konjunktur-entwicklung. Und was die BEST-Berater in 25 Jahren geleistet haben, wie sie arbeiten und wie das bewertet wird, war uns schon einige Seiten wert. Auch auf so wichtige Themen wie den Zusammenhang von Armut und Krankheit oder die Hintergründe der Textilproduktion wollten wir ungern verzichten. Aber natürlich reagieren wir trotzdem auf Aktuelles: So berichten wir über die „BUNT-Statt-BRAUN“-Kampagne im Saarland und stellen für die Debatte um Zuwanderung und Flüchtlinge die konkreten Zahlen vor. Das Thema werden wir im Übrigen auch in den nächsten Ausgaben kontinuierlich im Blick haben.

Gabi Hartmann

# 01|15

## AUS DEM INHALT

### AK | TITEL

|   |    |
|---|----|
| BEST: Seit 25 Jahren im Einsatz für bessere Arbeit                                    | 4  |
| Beim Festakt in Kirkel wurde das Jubiläum mit vielen Gästen und Weggefährten gefeiert | 6  |
| Wie der Arbeitsalltag der Berater aussieht  | 8  |
| Bei Saar-Metall unterstützt BEST den Aufbau eines Gesundheitsmanagements              | 9  |
| Was Gewerkschaftssekretäre von BEST halten  | 10 |

### AK | ARBEIT + WIRTSCHAFT

|   |    |
|---|----|
| Vor 50 Jahren kamen die ersten Türken als Gastarbeiter ins Saarland         | 16 |
| Stand der Dinge bei der Tarifeinheit  | 17 |
| AK-Forum beleuchtete die unmenschlichen Bedingungen in der Textilproduktion | 18 |
| Ehrenamtliche Prüfer brauchen Austausch, Vernetzung und Qualifizierung      | 20 |

### AK | POLITIK + GESELLSCHAFT

|   |    |
|---|----|
| Das Saarland bekennt sich zu einer offenen Gesellschaft und steht auf gegen Ausgrenzung | 22 |
| Wer tatsächlich zu uns kommt: Zahlen aus dem Migrationsbericht und dem Innenministerium | 24 |
| Beim fairen Handel geht es nicht immer fair zu  | 25 |
| Die Zusammenhänge zwischen Armut und Krankheit wurden beim AK-Forum thematisiert        | 26 |
| Serie zu TTIP: Wie sich das Abkommen auf Länder und Kommunen auswirken kann             | 29 |

### AK | BILDUNG + KULTUR

|   |    |
|---|----|
| AK-Forum zur Bildungspolitik: Gemeinschaftsschule weiterentwickeln  | 32 |
| Filme über misshandelte Jugendliche und hilflose Eltern dominierten das Festival um den Max-Ophüls-Preis in Saarbrücken | 33 |
| Albert Weisgerber: Der saarländische Maler starb vor 100 Jahren   | 35 |
| Ruth Engelmann-Nünninghof: Die Malerin ist gerade 100 Jahre alt geworden  | 36 |

### AK | RECHT + RAT

|                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| SZ-Telefonaktion zum Thema Elterngeld | 38 |
| Vier neue Berufskrankheiten anerkannt | 39 |

### AK | AUS DER ARBEITSKAMMER

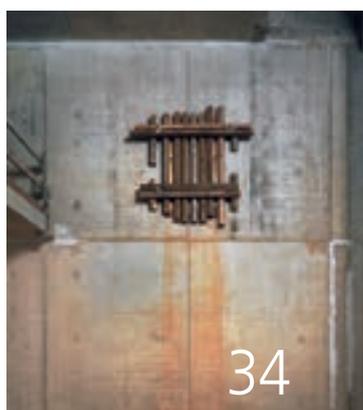
|  |    |
|--|----|
| AK stellte Medienvertretern Arbeitsschwerpunkte für 2015 vor                   | 41 |
| Die Nachfrage nach Beratungen bei der AK ist im zurückliegenden Jahr gestiegen | 42 |



| picture alliance

**Großer Beratungsbedarf herrscht beim Mindestlohn seit Inkrafttreten des Gesetzes.**

15



© Hans-Christian Schink

**Saarlandmuseum: Bei der Schau „Mapping the Museum“ spielen Künstler mit dem Rohbau des 4. Pavillons.**

34

### IMPRESSUM

[www.arbeitnehmer-online.de](http://www.arbeitnehmer-online.de), [www.arbeitskammer.de](http://www.arbeitskammer.de)

**Verleger:** Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6–8, 66111 Saarbrücken, Telefon (0681) 4005-0, Telefax (0681) 4005-401

**Herausgeber:** Hans Peter Kurtz, Horst Backes

**Chefredakteur:** Peter Jacob

**Redaktion:** Gabi Hartmann, Wulf Wein

**Anzeigen:** Arbeitskammer des Saarlandes, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Telefon (0681) 4005-402

**Vertrieb:** Christina Baltes, Telefon (0681) 4005-423

**E-Mail:** [presse@arbeitskammer.de](mailto:presse@arbeitskammer.de)

**Satz + Druck:** Ottweiler Druckerei und Verlag GmbH, Ottweiler

**Titelbild:** Kurt Heinemann

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder sonstige Beiträge wird keine Haftung übernommen. Mit Namen oder Signum gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeitskammer wieder. Bezugspreis jährlich für 8 Ausgaben 7,50 Euro inklusive Zustellung. Einzelheft 1,50 Euro. Gedruckt auf Umweltschutzpapier.



Viele Ergebnisse betrieblicher Gestaltung tragen die Handschrift von BEST. Dies konnte gelingen in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, DGB und Arbeitskammer. Als Beratungszentrum für die Arbeitnehmervertretungen hat BEST einen sehr guten Ruf. Die Resonanz der Interessenvertretungen ist durchweg positiv. Aber auch viele Arbeitgeber schätzen die fundierte Mitwirkung der Berater.

Vieles hat seit der Gründung von BEST Bestand:

- Der Auftrag gilt nach wie vor, gute Arbeitsbedingungen zu bewahren und zu entwickeln. Dies soll das Wohlbefinden und die Motivation der Beschäftigten fördern, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken und insgesamt zu einem zukunftsfähigen Strukturwandel beitragen.
- BEST ist eine Tochtereinrichtung der Arbeitskammer und des DGB. Sie ist ein arbeitnehmerorientiertes Beratungszentrum. Vorrangig handlungsleitend sind die Bedürfnisse der Beschäftigten. Hierbei ist es im Sinne einer nachhaltigen Gestaltung ebenfalls notwendig, das Wohl des Betriebes im Blick zu haben.
- Die Interessenorientierung basiert auf wissenschaftlichen Grundlagen. Ganz wesentlich sind die Berücksichtigung der gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse und die Einhaltung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Normen.
- Der Unterstützungsansatz ist handlungs- und beteiligungsorientiert.

Nicht stellvertretend, sondern gemeinsam mit den Betroffenen sollen Lösungen erarbeitet werden. Das Prinzip lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“.

- BEST ist eine kleine Einrichtung. Sie verfügt seit Frühjahr 1993 über vier Vollzeitstellen für die Beratungstätigkeit. Im Rahmen des von der Landesregierung geförderten Projekts „BetriebsMonitor Gute Arbeit Saar“ konnte im Sommer 2013 eine – derzeit befristete – fünfte Stelle geschaffen werden.

- Klein heißt auch: BEST bearbeitet als interdisziplinäres Team die meisten Themen der betrieblichen Mitbestimmung. Aber nicht alle Anfragen können aufgegriffen werden. So gehören Betriebswirtschaft, Interessenausgleich und Sozialplan nicht zum gegenwärtigen Aufgabenspektrum.

- Nicht zuletzt: BEST ist eine zum großen Teil geförderte Einrichtung. Die Unterstützung durch die Arbeitskammer ermöglicht es, auch und gerade kleine und mittlere Betriebe sowie den öffentlichen Dienst zu beraten, weitgehend unabhängig von finanziellen Zwängen zu arbeiten und das Aktionsfeld auf das Saarland zu fokussieren. Zu begrüßen ist, dass sich das Land wieder bei der Förderung von BEST engagiert. Zwar handelt es sich nicht wie in der Vergangenheit um eine institutionelle Unterstützung. Dennoch ist die gegenwärtige Projektförderung ein guter Schritt. Von diesen Konstanten abgesehen hat sich praktisch alles geändert: Mit Ausnahme von Bernhard

Scheid gehört keiner der BEST-Beschäftigten mehr zur Gründungsbelegschaft. Auch bei den Trägern und Gewerkschaften haben fast alle Akteure gewechselt. Trotz der Förderung steigt die Erfordernis zur Erwirtschaftung von Eigeneinnahmen.

Und vor allem: Die Breite und Komplexität der Aufgabenstellungen ist erheblich gewachsen. Das Internet der Dinge, Social Media, mobiles Arbeiten, ganzheitliche Produktion, Leistungsentgelt, Flexibilisierung der Arbeitszeit, alternsgerechtes Arbeiten – der betriebliche Technikeinsatz ist weiterhin ein Kernthema, aber zwei von drei Beratungsprojekten haben heute nichts mehr unmittelbar damit zu tun. Großer Bedarf besteht aktuell an der Analyse von Arbeitsbedingungen und insbesondere von psychischen Belastungen. So ist die Unterstützung bei Mitarbeiterbefragungen zu einem wesentlichen Thema geworden.

Damit ist auch klar: Trotz „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat sich BEST nach 25 Jahren keineswegs überflüssig gemacht. Im Gegenteil: Die Notwendigkeit fachlicher Unterstützung ist größer denn je. Die Zahlen belegen, dass zwei Drittel der rund 1.500 saarländischen Arbeitnehmervertretungen noch keinen Beratungskontakt zu BEST hatten.

Trotz aller Öffentlichkeitsarbeit erreicht BEST mit Veranstaltungen, Seminaren und Beratungen pro Jahr etwa zehn bis 15 Prozent der gesamten Zielgruppe. Für vier Berater und eine Beraterin ist das eine ganze Menge. Aber die große Mehrheit der Betriebsräte, Personalaräte und Mitarbeitervertretungen greift nicht auf BEST zurück, ja ist oft generell ohne eine angemessene Qualifizierung und Beratung. Das Handlungsfeld ist insofern riesengroß, die Ressourcen sind knapp. Das legt nahe, über Strukturen und Wege der Kooperation, Vernetzung und Bündelung von Kräften nachzudenken. Die sachverständige Unterstützung wird sich in vielen Aspekten weiterentwickeln. Es bleibt auf jeden Fall viel zu tun!

**Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer herzustellen, das ist und bleibt die Aufgabe von BEST.**



| D'Angiolillo

Jürgen Meyer, Arbeitskammer  
Geschäftsführer BEST  
Ronald Westheide  
Teamleiter BEST



FESTAKT | Im Bildungszentrum Kirkel wurde das Jubiläum offiziell gefeiert

## „Ein Gewinn für alle, dass es diese Einrichtung gibt!“

Es war eine ungezwungene Atmosphäre bei der 25-Jahr-Feier von BEST im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel. Das lag zum einen sicher an der ungewöhnlich lockeren Moderation, die hatte nämlich der Zauberer Kalibo übertragen bekommen. Zum anderen natürlich an den Gästen, denn da reihten sich Ex-Mitarbeiter an Betriebsräte und politische Weggefährten.

Als „erfrischende Veranstaltung“ lobte denn auch am Ende einer der beiden BEST-Vorstände, DGB-Chef Eugen Roth, den Abend. Sein Ko-Vorstand, der AK-Vorstandsvorsitzende Hans Peter Kurtz, hatte zu Beginn an die Geschichte von BEST erinnert und bilanziert: „Es ist ein Gewinn für uns alle, dass es BEST gibt.“ Wirtschaftsstaatssekretär Jürgen Barke würdigte dabei auch die Verdienste von AK-Hauptgeschäftsführer Horst Backes, ohne dessen Vermerke in seiner damaligen Zeit im Wirtschaftsministerium es BEST nicht gegeben hätte. Und als BEST die Arbeitsbedingungen im Wirtschaftsministerium untersucht habe, verriet Barke dem belustigten Publikum, da hätten die Mitarbeiter bei ihrer Expertise dort einen Mangel an Kommunikation festgestellt. Den gab es an diesem Abend sicher nicht.



Der Zauberer Kalibo führte durchs Programm und ließ sich als Assistentin aus dem Publikum Bettina Altesleben, Geschäftsführerin der DGB-Region Saar.

Gabi Hartmann



| D'Angiolillo (7)

Ehemalige und aktive BESTler auf einen Blick: Bernhard Scheid, Christel Weirich, Wolfgang Lerch, Kerstin Blass, Ronald Westheide, Eugen Roth, Jens Göcking, Angelika Diener, Rainer Tobae, Thomas Hau, Hans Peter Kurtz, Jürgen Meyer (v. l.).

Die Festreden hielten Jürgen Barke, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, und Hans Peter Kurtz, einer der beiden Vorstände von BEST, sowie BEST-Geschäftsführer Jürgen Meyer.



Angeregte Gespräche: BEST-Vorstand Eugen Roth, Staatssekretär Barke, AK-Hauptgeschäftsführer Horst Backes und Ex-AK-Präsident Peter Springer (v. l.).



Gaben einen Einblick in die konkrete Arbeit: Martin Dickmann (Geschäftsführung Saar-Metallwerke GmbH), Thomas Neifer (BR-Vorsitzender der energis GmbH), Heike Brücker-Boghossian (Personalleitung energis GmbH), Manfred Essigkrug (BR-Vorsitzender der Saar-Metallwerke GmbH), Jürgen Meyer, BEST-Geschäftsführer (v. l.).





| D'Angiolillo

ALLTAG | Wie BEST bei der Lösung von Problemen helfen kann

## Von **Arbeitszeit** bis Zielvereinbarung

Es ist Montag am späten Vormittag. Bei Angelika Diener, die das Sekretariat von BEST in den Räumen der Arbeitskammer organisiert, läutet das Telefon. Am Apparat ist der Betriebsratsvorsitzende eines mittelständischen Automobilzulieferers. Sein Problem: Der Arbeitgeber möchte ein Betriebsdatenerfassungssystem einführen, also die Maschinen mit dem Computer verbinden, um Daten aus der Produktion zu erhalten. So kann er erkennen, welche Maschinen wann laufen, welche gestört sind und welche Arbeiter daran beschäftigt sind. Der Betriebsrat hat da so seine Bedenken, er befürchtet Eingriffe in den Datenschutz und „gläserne Mitarbeiter“, konkret: Eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle.

Ein typischer Fall im Arbeitsalltag der BEST-Berater. Jetzt wird geklärt, wer da ist, Zeit hat und idealerweise auch gerade mit diesem Thema besonders vertraut ist. Es folgt ein Termin für ein erstes Orientierungsgespräch, entweder in

**Fallbesprechung im Team: Ronald Westheide, Bernhard Scheid und Kerstin Blass (v. l.).**

der Arbeitskammer oder direkt vor Ort im Betrieb. Dabei wird sich herausstellen, ob BEST helfen kann oder an andere Einrichtungen weitervermitteln muss, wie etwa das Saarbrücker Info-Institut. Das wäre etwa der Fall, wenn es um die Erstellung eines Sozialplans oder um rein betriebswirtschaftliche Fragen ginge.

Ist BEST zuständig, dann kommt es zu einem weiterführenden Gespräch, entweder mit dem Vorsitzenden oder dem gesamten Betriebsrat. Der muss dann den formellen Beschluss fassen, BEST zu beauftragen, und sich darüber mit dem Arbeitgeber verständigen. In 99 Prozent der Fälle klappt das ohne Probleme, erzählt Ronald Westheide, der seit 15 Jahren im Beraterteam arbeitet.

Die Grundberatung ist erstmal kostenlos, auch wenn sie durchaus zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen und den Entwurf für eine Betriebsvereinbarung enthalten kann. Denn hauptsächlich versteht

sich BEST als Hilfe zur Selbsthilfe für die Betriebs- und Personalräte. Wenn diese Hilfestellung allerdings aufwändiger ausfällt, etwa in Form von Schulungen oder einer Mitarbeiterbefragung (die schon mal einen Monat dauern kann), dann kommen Kosten auf den Betrieb zu, die der Arbeitgeber tragen muss. Die Höhe hängt vom Aufwand ab.

Vier Berater umfasst das BEST-Team, vom „Senior“ Bernhard Scheid, der von Anfang an dabei war, über Ronald Westheide und Thomas Hau bis zum „Junior“ Jens Göcking, der dem Team seit sechs Jahren angehört. Dazu kommt im Rahmen des auf fünf Jahre angelegten Landesprojekts „Betriebsmonitor Gute Arbeit“ seit einem Jahr Kerstin Blass.

Bei rund 80 Betrieben sind die Berater im Schnitt pro Jahr im Einsatz. Das Kerngeschäft besteht immer noch aus den Risiken und Gefahren, die neue Technologien am Arbeitsplatz mit sich bringen, so Westheide. Großen Raum nehmen auch Probleme durch die Zunahme von psychischen Belastungen ein, also Stress, Zeitdruck, Leistungsdruck sowie prekäre Arbeitsbedingungen wie Zeit- oder Werkverträge. Dazu kommt der Bereich Arbeitszeit, darunter fallen Probleme mit Schichtarbeit, Gleitzeit und Flexibilisierung.

Doch die Themenschwerpunkte ändern sich auch, erzählen die Berater. So sorgte etwa 2005 die Umstellung auf Leistungsentgelte und Zielvereinbarungen im öffentlichen Dienst für eine Zunahme an Beratungsbedarf. Derzeit häufen sich Anfragen zu Mitarbeiterbefragungen, die über die Arbeitsbedingungen Auskunft geben sollen. Hintergrund ist der demografische Wandel, der langsam in den Betrieben ankommt, erläutert Jens Göcking. Und die Tatsache, dass psychische Belastungen mittlerweile im Arbeitsschutzgesetz verankert sind.

Um auf dem neuesten Stand zu sein, bilden sich die BEST-Berater regelmäßig fort, nehmen an externen Schulungen, etwa bei Gewerkschaften, teil, besuchen Tagungen und veranstalten jährlich einen innerbetrieblichen Workshop. Und natürlich tauschen sie sich ständig untereinander aus.

Gabi Hartmann

PRAXIS | Bei Saar-Metall unterstützt BEST den Aufbau eines Gesundheitsmanagements

# Wenn die Suche nach Werkzeug unnötigen Stress verursacht

Mal fehlte ein bestimmter Bohrer, mal eine spezielle Fräser-Aufnahme, um ein Stahlteil an einer großen CNC-Maschine problemlos und nach den Zeit- und Qualitätsvorgaben des Kunden herzustellen. Viele Kollegen in der Fertigung der Saarbrücker Firma Saar-Metall, die sogenannte Lanzenköpfe und weitere Teile für Stahlwerke in aller Welt produziert, nervte das schon lange. Der ständige Ärger über eigentlich unnötige Verzögerungen bei den Einrichte- und Produktionszeiten an den Maschinen führte zu Stress bei den Mitarbeitern in der Fertigung, in der Verwaltung und in der Unternehmensleitung.

Für einen Außenstehenden mag das nichts direkt mit einem Gesundheitsmanagement zu tun haben, um dessen Aufbau sich BEST-Berater gemeinsam mit Betriebsrat und Geschäftsführung von Saar-Metall kümmern. Tatsächlich können aber Verbesserungen bei den innerbetrieblichen Abläufen die psychischen Belastungen durch einen hohen Stresspegel deutlich vermindern und damit zu einer höheren Arbeitszufriedenheit führen. Der Betriebsratsvorsitzende Manfred Essigkrug stellte sich seit geraumer Zeit die Frage: „Was macht die Kollegen krank – und warum ist der Krankenstand bei uns recht hoch?“ Nach der Kontaktaufnahme und ersten Gesprächen mit den BEST-Experten wurde entschieden, bei Saar-Metall eine Gefährdungsbeurteilung zur psychischen Belastung zu erstellen, wobei die Beschäftigten sich unmittelbar daran beteiligen sollten.

Persönliche Interviews mit einigen Führungskräften und eine schriftliche Belegschaftsbefragung zu Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten ergaben, dass das Klima im Betrieb und die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen überwiegend gut bewertet wird. Allerdings stellte sich auch heraus, dass es speziell im Produktionsbereich organisatorische Mängel gibt, die die Betroffenen Zeit und Nerven kosten, aber auch die Effizienz im

Ein neues Werkzeug-Management soll bei den Maschinenführern im Unternehmen Saar-Metall den Stress verringern und die Arbeitsbedingungen verbessern.



| D'Angiolillo

„Wir wollen in Sachen Gesundheitsmanagement unbedingt am Ball bleiben.“  
BR-Chef M. Essigkrug

Unternehmen verringern. Die Kritik gipfelte in der Aussage: „Wir laufen mehr als die Maschinen.“

In zwei betriebsinternen Arbeitsgruppen wurden danach die angesprochenen Probleme diskutiert und Lösungsvorschläge formuliert. Für den Umgang mit wichtigen Werkzeugen und Hilfsmitteln in den Produktionshallen wurden grundlegende Veränderungen beschlossen und inzwischen schon umgesetzt. So gibt es an den CNC-Maschinen jetzt jeweils eine Grundausrüstung. Die anderen Werkzeuge werden in einem zentralen Lager im Produktionsbereich vorgehalten, zu dem jeder Maschinenführer Zugang hat, ohne weite Wege zurücklegen zu müssen.

Als es Anfang Januar darum ging, eine Zwischenbilanz zum Projektstand zu ziehen, meinte BEST-Beraterin Kerstin Blass: „Einige Dinge sind schon gut im Fluss.“ Sie

empfohl dem Betriebsrat, die Dinge in den Arbeitsgruppen möglichst weiter voran zu treiben und die gut 100-köpfige Belegschaft kontinuierlich über Verbesserungen bei der Gesundheitsprävention auf dem Laufenden zu halten.

BR-Chef Essigkrug nennt das, was mit den umgesetzten Maßnahmen erreicht wurde, „einen ersten Schritt“. Er möchte beim Ausbau eines innerbetrieblichen Gesundheitsmanagements „unbedingt am Ball bleiben“. Denn bei Saar-Metall gibt es selbstverständlich auch körperliche Belastungen und Einschränkungen bei älteren Kollegen sowie in den Werkhallen Beeinträchtigungen durch Lärm, Dreck oder Zugluft. Da lässt sich also im Sinne der Arbeitszufriedenheit wohl noch einiges mehr optimieren.

Wulf Wein

# Ein zentraler Baustein für die Zukunftsarbeit in den Betrieben

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Beratungsstelle für Betriebs- und Personalräte (BEST) hat die „arbeitnehmer“-Redaktion verschiedene Gewerkschaftssekretäre im Saarland um eine persönliche Einschätzung der Arbeit von BEST gebeten. Die nachfolgenden Äußerungen machen deutlich, wie sinnvoll und wichtig die Tätigkeit der gemeinsamen Einrichtung von Saar-Arbeitskammer und DGB bewertet wird. Alle befragten Gewerkschafter setzen auch in Zukunft auf BEST.

**GUIDO LESCH,  
IG METALL VÖLKLINGEN:**

„BEST macht seit 25 Jahren sehr gute Arbeit. Die Kompetenz, die BEST heute in vielen Themen- und Handlungsfeldern für unsere Betriebsräte mitbringt, möchten wir nicht mehr missen. Gerade bei der Unterstützung von Betriebsräten in kleinen und mittleren Unternehmen spielt BEST eine sehr wichtige Rolle. Dies wird sicher auch in Zukunft der Fall sein: Angesichts neuer betrieblicher



Herausforderungen, wie aktuell der Entwicklung hin zu einer zunehmend stärker ‚digitalisierten‘ Arbeitswelt sowie zur ‚Industrie 4.0‘ zeigt sich, dass die Unterstützung durch BEST weiter absolut notwendig bleibt. Ich gratuliere dem BEST-Team für die qualifizierte Arbeit und Unterstützung in den vergangenen 25 Jahren. BEST hat in der Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung einen festen Bestandteil. Daran wird sich in Zukunft nichts ändern.“

**JÖRG CASPAR,  
IG METALL NEUNKIRCHEN:**

„BEST hat sich in 25 Jahren wirklich bewährt. Und zwar insbesondere deshalb, weil aus Gewerkschaftsicht mit BEST eine gemeinsame Beratung zu den unterschiedlichsten Themen in den Betrieben erfolgen kann. BEST macht keine Alleingänge, sondern legt großen Wert auf die Einbindung der IG Metall vor Ort. BEST ist darüber hinaus bei sehr vielen wichtigen



Themen für unsere Betriebsräte kompetent und zuverlässig. Und: Die Beratung von BEST ist auf jeden Fall arbeitnehmerorientiert. Das ist sehr wichtig, alles andere wäre nur ‚pseudoneutral‘. Würde es BEST nicht schon geben, wäre die Gründung längst überfällig.“

**TANJA LAUER,  
VER.DI, FACHBEREICH LOGISTIK:**

„Gerade in Betrieben mit neu gewählten Betriebsräten konnten wir feststellen, dass mit der Unterstützung durch BEST eine größere Sensibilisierung zur Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte erreicht wurde. Dadurch, dass die Beraterinnen und Berater sehr viel Erfahrung und Sachkompetenz mitbringen, spart dies den Arbeitnehmervertretungen häufig die zeitaufwändige Recherche zu den Problemfeldern. Die Betriebsräte können sich intensiver um die Um-



setzung gefundener Lösungen im Betrieb kümmern. Auf dem Weg lassen sich schneller bessere Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen durchsetzen. Für die Zukunft wünsche ich uns weiterhin die schnelle und tatkräftige Unterstützung sowie die Begleitung der Betriebsräte, wenn dringender Handlungsbedarf in den Betrieben der Branche (Postdienste, Speditionen, Logistik) notwendig ist.“

**JÜRGEN GRANDJOT,  
VER.DI, FACHBEREICH FINANZEN:**

„BEST ist für den Fachbereich Finanzdienstleistungen von ver.di ein verlässlicher Partner in allen Fragen des Einsatzes von neuen Technologien in den Betrieben sowie der Umsetzung von ‚guter Arbeit‘. Die Betriebs- und Personalräte schätzen die qualifizierte Beratung von BEST. In den 25 Jahren der Zusammenarbeit haben BEST und ver.di im Fachbereich viel bewegt. Ich freue mich auf weitere 25 Jahre.“



„BEST hat in der Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung einen festen Bestandteil.“

G. Lesch

„Würde es BEST nicht geben, wäre die Gründung längst überfällig.“

J. Caspar

„Ich wünsche mir weiterhin schnelle und tatkräftige Unterstützung und Beratung.“

T. Lauer

„Ich freue mich auf weitere 25 Jahre.“

J. Grandjot

„Die Arbeit von BEST findet oft direkten Einfluss in unsere Tarifverträge.“

M. Baumeister

„Die Erfahrung mit BEST war zu 100 Prozent positiv.“

D. Geuskens

**DIETMAR GEUSKENS,  
IG BCE SAAR:**

„Die Erfahrungen in den letzten 25 Jahren mit BEST waren zu 100 Prozent für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Branchen und Betriebe, die die IG BCE betreut hat, positiv. Viele Prozesse und Projekte konnten erst mit Unterstützung der speziellen Fachkompetenz der BEST-Berater auf den jeweiligen Gebieten erfolgreich zu Gunsten der Kollegen abgeschlossen werden: Ich denke insbesondere an den Datenschutz für Arbeitnehmer, aber auch an die Überwachung von Arbeitnehmern. Der Stellenwert der arbeitnehmerorientierten Beratung



Mit Köpfchen helfen die BEST-Fachleute in den Betrieben. Das veranschaulicht das Logo.

durch BEST in den Betrieben hat aus Sicht der Betriebsräte eine hohe Priorität. Dem kann ich mich als langjähriger Gewerkschaftssekretär nur anschließen. Für die Zukunft wird die Arbeit in den Betrieben sicherlich nicht einfacher (Stichworte ‚Industrie 4.0‘, TTIP). BEST ist ein zentraler Baustein gewerkschaftlicher Zukunftsarbeit geworden und dies soll auch so bleiben.“

**MARK BAUMEISTER,**  
NGG SAAR:

„BEST ist ein wichtiger Bestandteil für unsere Arbeit geworden. Gerade in unseren Branchen müssen wir uns den Herausforderungen der menschengerechten Arbeitsplatzgestaltung und der Humanisierung der Arbeitszeiten stellen. Die Arbeit von BEST findet oft direkten Einfluss in unsere Tarifverträge. Wir freuen uns auf viele weitere Jahre und eine weiterhin gute Zusammenarbeit.“



EINSCHÄTZUNG II | Wirtschaftsministerin zu 25 Jahre BEST

## Gutes Arbeitsklima führt zu guten Ergebnissen

Im Ministerium des Saarlandes für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr hält man die Arbeit von BEST nicht zuletzt aufgrund eigener guter Erfahrungen für überaus positiv. BEST leiste einen wichtigen Beitrag zur Strukturpolitik, heißt es dort.

**MINISTERIN ANKE REHLINGER (SPD):**

„Auch wir haben im Ministerium bereits von BEST profitiert. Im Rahmen einer Mitarbeiterbefragung durch BEST konnten wir wichtige Erkenntnisse gewinnen und den Arbeitsalltag für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimieren. BEST versucht, für alle die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das zahlt sich am Ende für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen aus, denn wo ein gutes Arbeitsklima herrscht, werden auch gute Ergebnisse erzielt.“

„BEST versucht, für alle die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.“ Das sagt Saar-Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) zum Wirken der Beratungsstelle.



| D'Angiolillo (2) | Privat (5)

Auch hier entsteht also Großes im Kleinen, denn starke Betriebe machen ein starkes Saarland. Als Beratungsstelle für sozialverträgliche Technologiegestaltung leistet BEST somit einen wichtigen Beitrag zur saarländischen Strukturpolitik.“



Sparkassen-Baufinanzierung  
in Verbindung mit einem LBS-  
Bauspardarlehen mit **1,75 %\***

Sparkassen-Finanzgruppe

## Von Anfang bis Eigentum für Sie da. Ihre Sparkassen-Immobilienprofis.

Vermittlung. Finanzierung. Versicherung.



Der Unterschied beginnt beim Namen. Keiner finanziert deutschlandweit mehr Immobilien als die Sparkassen-Finanzgruppe. Wir kennen die Region, die Immobilien und die Preise vor Ort. So können wir Ihnen zusammen mit unseren Partnern LBS und SAARLAND Versicherungen individuelle und ganzheitliche Beratung bieten: von der Immobilienvermittlung über die Finanzierung zu Top-Konditionen bis hin zu umfassenden Versicherungsleistungen. Infos unter [baufi-saarland.de](http://baufi-saarland.de). **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

\*Gebundener Sollzins im Tarif EXTRA günstig, 2,08 % effektiver Jahreszins ab Zuteilung, maximale Bausparsumme je Bausparer 50.000 €. Bei einer Bausparsumme von 50.000 € Abschlussgebühr 500 €. Die Konditionen der Sparkassen-Baufinanzierung nennt Ihnen Ihr Berater bei der Sparkasse.

## KOMMENTAR |

Partner für  
Top-Lösungen

| D'Angiolillo

Wer partnerschaftlich zusammenarbeitet, kommt leichter und schneller zum Ziel. BEST hat dies in 25 Jahren vorbildlich gezeigt. Dass Mitbestimmung bei betrieblichen Gestaltungsprozessen durch Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen nicht nur eine notwendige Begleiterscheinung ist, sondern akzeptierte und bessere Lösungen bewirkt, hat sich dabei ein ums andere Mal gezeigt. Deshalb ist BEST nicht nur Partner für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen, sondern auch ein Partner für bessere und produktivere Lösungen in Betrieben und Dienststellen, ob beim Thema Informationstechnik, beim Datenschutz, bei der Arbeitszeitgestaltung oder beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei Veränderungen des Organisationsaufbaus und -ablaufs. Gute Arbeit ohne die Interessenvertretungen der Beschäftigten ist kaum vorstellbar. Damit die Vertreter der Beschäftigten aber in diesem Sinne kompetent sind, leistet BEST wichtige Hilfe. Hilfe, die den Betrieben und Dienststellen und damit den dort Beschäftigten unmittelbar zugutekommt. Ich wünsche BEST alles Gute und den Arbeitnehmervertretungen weiter die wichtige und notwendige Unterstützung für ihre Arbeit, also „Simply the BEST“.

Eugen Roth  
Stellvertretender  
DGB-Landesvorsitzender

Eugen Roth ist BEST-Vorstand für den Deutschen Gewerkschaftsbund.

Ein aktueller Schwerpunkt in der BEST-Arbeit ist die Beratung von Betriebs- oder Personalräten in Bezug auf mögliche psychische Belastungen der Beschäftigten.

## CHRONIK | BEST im Überblick von 1989 bis heute

Beratungsangebot wurde  
mit der Zeit immer größer

1989 begann BEST mit der praktischen Arbeit. Im Laufe der 25 Jahre bis 2014 wurden die Beratungsangebote immer weiter ausgebaut.

- 1986: In einem ersten Konzept der Arbeitskammer wird die Beratung von Betriebs- und Personalräten mit dem Ziel, die Einführung neuer Technologien sozialverträglich zu gestalten, als Kernaufgabe von BEST definiert.
- 1988: Der Verein „BEST e.V.“ wird durch die Arbeitskammer des Saarlandes und den DGB Saar gegründet.
- 1989: Am 1. Oktober nimmt BEST die praktische Arbeit auf, Geschäftsführer ist Wolfgang Lerch, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer. Zwei Berater sind für BEST tätig und werden unterstützt durch eine Verwaltungskraft.
- 1989: Die ersten Beratungen werden durchgeführt und auch das erste Seminar veranstaltet: Den Kreisfrauenausschuss des DGB Saarbrücken informiert BEST mit einem Vortrag zum Thema „Elektronische Datenverarbeitung im Büro 2000“.
- 1991: Ein weiterer Berater verstärkt das BEST-Team.
- 1993: Mit den Aktivitäten zur „grenzüberschreitenden Betriebsratsarbeit“ engagiert sich BEST für die Zusammenarbeit von Arbeitnehmervertretungen über die Ländergrenzen der „Saar-Lor-Lux“-Region hinweg.
- 1993: Das BEST-Personal wird erneut vergrößert. Vier Berater und eine Verwaltungskraft arbeiten für die Betriebs- und Personalräte im Saarland.
- 1995: Mitarbeit in der „Landesinitiative Telekommunikation“ und beim Arbeitskammer-Gutachten „Auswirkungen und Chancen von Multimedia im Saarland“.
- 1996: Start der Arbeitskreise zu „Datenschutz und Datensicherheit“ und die „IT-Praxis für die Arbeitnehmervertretung“ als Fachforen für betriebliche Akteure und Interessenvertretungen.
- 2003: Durchführung des Projektes „BEST-Betriebsmonitoring“ als Vorläufer der Befragung „AK-

Betriebsbarometer“. Dabei werden Betriebs- und Personalräte zur Situation der Beschäftigten und ihrer Betriebe befragt.

- 2005: Start der seitdem im zweijährigen Turnus erfolgenden Befragungen zum „AK-Betriebsbarometer“ durch BEST für die Arbeitskammer.
- 2009: Start des BEST-Projektes „Mitarbeiterorientiertes Innovationsmanagement“ zur Entwicklung von Beratungsangeboten für kleine und mittlere Unternehmen in Sachen „Innovationsförderung unter Beteiligung der Beschäftigten“.
- 2012: Jürgen Meyer tritt die Nachfolge von Wolfgang Lerch als Geschäftsführer von BEST an.
- 2012: Start der BEST-Reihe „Innovationen sozial gestalten!“ als Veranstaltungsreihe mit zwei thematisch unterschiedlichen Veranstaltungen jährlich für Betriebs- und Personalräte.
- 2013: Start des Projektes „BetriebsMonitor Gute Arbeit“, eines Projektes der Landesregierung und der Arbeitskammer des Saarlandes. BEST führt Analysen und Beratungen zu „Guter Arbeit“ in Betrieben und Dienststellen durch. Ein Schwerpunkt dabei: psychische Belastungen am Arbeitsplatz.
- 2013: Verstärkung des BEST-Teams mit einer weiteren Kollegin und einem Kollegen.
- 2014: BEST feiert 25-jähriges Bestehen.

Jürgen Meyer, Arbeitskammer



Die Arbeit und die Abläufe in Firmen oder Behörden nehmen die BEST-Berater gezielt unter die Lupe.

KOOPERATION | BEST ist Mitglied im TBS-Netz

## 13 Einrichtungen ziehen inhaltlich an einem Strang

**Gemeinsamkeit macht stark. Getreu diesem Motto engagiert sich BEST im bundesweiten Netzwerk der Technologieberatungsstellen.**

BEST besitzt im Saarland eine Alleinstellung. In anderen Bundesländern gibt es jedoch ähnliche Einrichtungen, mit denen BEST auch direkt kooperiert. Gemeinsam bilden sie das bundesweite Netzwerk arbeitsorientierter Beratungsstellen, das „TBS-Netz“. Die Abkürzung „TBS“ steht dabei für Technologieberatungsstellen: Aktuell existieren 13 Einrichtungen mit 18 regionalen Niederlassungen. Damit ist ein kompetentes Beratungs- und Weiterbildungsangebot im unmittelbaren Umfeld der meisten Unternehmen und Organisationen in Deutschland gewährleistet. Über das Netzwerk heißt es in dessen Internetportal: „Die Einrichtungen des TBS-Netzes befassen sich mit dem Problemkreis Arbeit und IT-Systeme, mit betrieblicher Umgestaltung und mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung der Arbeitnehmervertretungen, damit diese sich qualifiziert beteiligen und mitbestimmen können.“ Bei den Themen und Arbeitsfeldern ähneln sich also die Einrichtungen des Netzwerkes, hingegen unterscheiden sie sich bei der Zusammensetzung ihrer Träger, bei der Finanzierung und beim Grad der Regionalisierung. Nur in Nordrhein-Westfalen und Bayern sind

Gewerkschaften und Landesregierungen gemeinsam Träger der dortigen Beratungsstellen. In anderen Fällen ist die Landesregierung nicht direkt im Trägerverein vertreten, beteiligt sich aber an der Finanzierung der Arbeit. Besonderheit von BEST ist die gemeinsame Trägerschaft durch DGB und die Arbeitskammer des Saarlandes.

Um stärker in ihrer Gemeinsamkeit wahrgenommen zu werden, gründeten die 13 gewerkschaftsnahen Einrichtungen bereits im Jahr 1999 als gemeinsames Netzwerk das bereits oben angesprochene TBS-Netz. Ziele sind eine bessere Koordinierung der Arbeit, der inhaltliche Erfahrungsaustausch, ein gemeinsamer Auftritt und die Organisation länderübergreifender Angebote für Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen.

Ein gemeinsames Angebot ist zum Beispiel die gemeinsame Organisation und Durchführung von themenspezifischen Tagungen. So findet beispielsweise in diesem Jahr vom 22. bis 24. April in Berlin die TBS-Netz-Gesundheitstagung 2015 statt. Unter dem Titel „Psychische Belastungen angehen – und dranbleiben“ richtet sich die Veranstaltung an Betriebsräte, Personalräte und andere Beschäftigtenvertretungen. Inhaltlich geht um Strategien im Kampf gegen Stress, Burnout und Krankheit in den Unternehmen.

Jens Göcking, BEST

**Hans Peter Kurtz ist BEST-Vorstand für die Arbeitskammer des Saarlandes.**

KOMMENTAR |

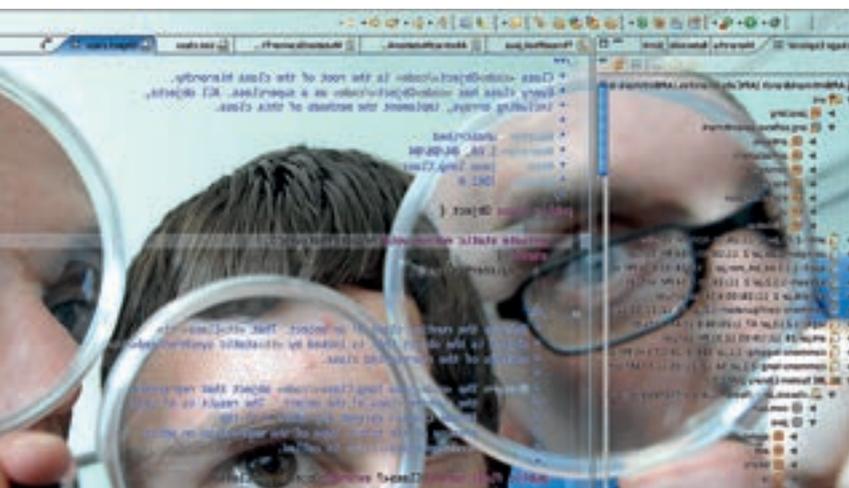
## Mithelfer bei Guter Arbeit



| D'Angiolillo

25 Jahre BEST – das bedeutet 25 Jahre Beratung, Unterstützung, Bildung und partnerschaftliche Begleitung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen im Saarland. Das bedeutet 25 Jahre aktive, fachlich kompetente und durchsetzungsstarke Mitbestimmung. Und, ein Vierteljahrhundert BEST, das heißt auch: Tausende von Beratungen, zahllose Seminare, Veröffentlichungen und Vorträge. Immer mit dem Ziel, Arbeitnehmervertretungen in die Lage zu versetzen, mit eigenen, fundierten Konzepten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu nehmen. Also dabei mitzuhelfen, dass Gute Arbeit entsteht. BEST wurde gemeinsam vom DGB und der Arbeitskammer ins Leben gerufen, um ergänzend zu den bestehenden Angeboten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein spezielles Angebot für deren Interessenvertretungen zu schaffen. Ein Angebot, das praktische Unterstützung geben und gleichfalls eine Ergänzung zur wichtigen betrieblichen Arbeit der Gewerkschaften und ihrer Sekretäre darstellen sollte. Dies hat bis heute hervorragend funktioniert und ich wünsche uns allen, dass die erfolgreiche Arbeit von BEST auch in den kommenden 25 Jahren fortgeführt wird.

Hans Peter Kurtz  
AK-Vorstandsvorsitzender



| Maurer

NACHRUF | Gilbert Hess gestorben

## Ford Saarlouis war sein Leben



| D'Angiolillo

Mit Gilbert Hess (64) hat die saarländische Gewerkschaftsbewegung am 12. Dezember

2014 einen

überzeugten IG-Metaller verloren. Hess stand noch wenige Wochen vor seinem Tod als langjähriger Betriebsratsvorsitzender in der Verantwortung bei den Ford-Werken auf dem Saarlouiser Röderberg.

Das Wohl „seines Werkes“ mit über 8.000 Beschäftigten und den dahinter stehenden Familien war Hess' oberstes Ziel. Dafür hat er sich sowohl als Betriebs- und auch als Aufsichtsrat eingesetzt. Durch sein Verhandlungsgeschick konnte der Standort Saarlouis gesichert und immer weiter entwickelt

werden. Dabei schaute Gilbert Hess stets über den Tellerrand hinaus: Wenn andere saarländische Betriebe in Not waren, war er mit seiner Mannschaft auch dort zur Stelle, um Solidarität zu bekunden. Mehr als 30 Jahre gehörte der gebürtige Franzose dem Ortsvorstand der IG Metall Völklingen an.

Und auch bei der Arbeitskammer engagierte er sich, immer den Blick für das Ganze, das Wohlergehen der saarländischen Arbeitnehmer im Fokus: Zwischen 1993 und 2011 war er Mitglied der AK-Vertreterversammlung. Trotz seiner großen Verantwortung bei Ford nahm Gilbert Hess sein AK-Ehrenamt sehr ernst und mischte sich in den Ausschüssen „Beratung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ ein. Sein Wort hatte Gewicht, er wird fehlen.

Peter Jacob

VER.DI | Bezirk Region Saar-Trier gegründet

## Schumann an der Spitze

Bei der 1. Ordentlichen Bezirkskonferenz des neu geschaffenen ver.di-Bezirks Region Saar-Trier wurde Bernd Schumann als ehrenamtlicher Vorsitzender gewählt. Der Personalratsvorsitzende der Landeshauptstadt Saarbrücken erinnerte daran, dass die Daseinsvorsorge im Zuge der Kürzungsdiskussionen auf dem Spiel stehe.

Bezirks-Geschäftsführer Thomas Müller zeigte sich zufrieden mit dem Aufbau der neuen gewerkschaftlichen Strukturen. „Wir werden in Zukunft weiter daran arbeiten, ein wenig mehr ‚Schinderhannes‘ zu wagen, ein Mehr für die Schwächeren muss weiterhin unser oberstes Ziel bleiben. Mit einem Bezirk, der nun nahezu 43.300 Mitglieder aufweist, werden wir auch stark genug sein, um diesen Willen nicht nur Wunschdenken bleiben zu lassen“, so Thomas Müller weiter.



| ver.di

**Bernd Schumann wurde bei der 1. Ordentlichen Konferenz des ver.di-Bezirks Region Saar-Trier zum Vorsitzenden gewählt.**

INDUSTRIEPOLITIK | AK begrüßt Regierungsplan

## Gute Arbeit muss Vorrang haben

Die Arbeitskammer des Saarlandes hält das Mitte Januar vorgelegte industriepolitische Konzept der Landesregierung für sinnvoll und will bei der Umsetzung Unterstützung leisten. Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) müsse alle Kräfte bündeln, um die Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern und weiter auszubauen, erklärte AK-Hauptgeschäftsführer Horst Backes: „Eine erfolgreiche, nachhaltige Wirtschaftspolitik ist für uns eine Grundvoraussetzung für ein leistungsfähiges und lebenswertes Saarland.“

Mit dem vorgelegten Papier werden nach Auffassung der Arbeitskammer die richtigen und wichtigen Themen aufgegriffen. Die Wirtschaftsministerin lege den Grundstein für die weiter überfällige Erstellung einer Landesentwicklungsplanung.

Ausdrücklich begrüßte die Kammer das Angebot zur Beteiligung an alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Backes: „Eine solche konzertierte Aktion hat die Arbeits-

kammer schon länger gefordert. Sie wird das Land voranbringen.“

Kritisch zu betrachten ist aus Sicht der Arbeitskammer an dem Konzept allerdings, dass die Perspektive „Gute Arbeit“ zu kurz kommt. Insbesondere für die Module „Fachkräftesicherung“ und „Wirtschaftsförderung“ gelte für die Arbeitskammer: Ohne attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze und den Blick für die Menschen vergibt das Land Chancen für die Zukunft, erklärte Backes.

red



| D'Angiolillo

**Zum industriellen Kern des Saarlandes gehört die Stahlindustrie. Das Bild zeigt den Gebäudekomplex der Saarschmiede GmbH in Völklingen.**

DIE DASEINSVORSORGE NICHT GEFÄHRDEN

Der neue Vorsitzende Bernd Schumann nahm in seinem Impulsreferat mit dem Thema „Eine Region steht auf“ ausführlich Stellung zum immer größer werdenden Problem bei der Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge. „Die Region steht zunehmend vor einem Finanzierungsproblem, das auf Dauer nicht über ein gefährliches Einsparen gelöst werden kann, sondern nur über eine deutliche Verbesserung der aktuellen Einnahmesituation“, so Schumann. Er begrüßte zwar die Tatsache, dass auch die Verwaltungen damit beginnen, sich aktiv in die Diskussion einzubringen. Ohne eine „längst überfällige Alt-schuldenregelung und eine andere Steuergesetzgebung“ werde es aber keine wirkliche Sicherung der Daseinsvorsorge in der Region geben können. ver.di werde weiterhin daran arbeiten, in einem breiten landesweiten Bündnis die notwendige Gegenwehr zur Landespolitik zu organisieren.

Zu Schumanns Stellvertreterin wählten die Delegierten bei der Bezirkskonferenz Anke Schmeier. Sie ist Personalrätin an der Fachhochschule Trier.

red/PJ

FIRMEN | Insolvenz bei Beckinger Schraubenfabrik

## Empörung über „Heuschrecke“ Whitesell

Die Stimmungslage bei den Beschäftigten der Schraubenfabrik Beckingen dürfte zurzeit zwischen Hoffen und Bangen schwanken. Ende Januar meldete der US-Eigentümer Whitesell Insolvenz für seine vier deutschen Werke an. Dazu gehört der Standort Beckingen mit insgesamt 340 Mitarbeitern.

Prinzipiell sind Belegschaft, Betriebsrat und die Gewerkschaft IG Metall froh darüber, die „Heuschrecke“ Whitesell endlich los zu sein. Deren Unternehmensführung werfen Arbeitnehmervertreter, aber auch Landesregierung und Politiker anderer Parteien vor, seit der Übernahme keine seriöse Perspektive für die Schraubenwerke entwickelt und potenzielle Kunden durch extreme Preiserhöhungen abgeschreckt zu haben. Scharf kritisiert werden ein „desaströses Management“ (so die SPD), eine „Wildwest-Manier“ (so der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Völklingen, Guido Lesch) und das „Hinterlassen von verbrannter Erde bei den Kunden“ (so der Beckinger Betriebsratschef Gerfried Lauer). Auch die Tatsache, dass Gebäude, Maschinen, Patente und Lizenzen in eine Holding nach Luxemburg ausgelagert wurden, wird dem US-Eigner negativ angelastet. Es ist daher fraglich, ob diese Unternehmenswerte in die Insolvenzmasse einbezogen werden können. IG-Metall-Vertreter Lesch hofft trotz aller Widrigkeiten, dass der eingesetzte Insolvenzverwalter und die weiteren Beteiligten eine Lösung finden, um Standort und Arbeitsplätze zu sichern. red

Gleich im Januar startete der DGB eine bundesweite Aufklärungskampagne zum Mindestlohn. Mitarbeiter verteilten an vielen Bahnhöfen Broschüren an Berufspendler.

| picture alliance/dpa

### MINDESTLOHN | Arbeitnehmer haben viele Fragen

## Bei der konkreten Umsetzung besteht großer **Beratungsbedarf**

Seit 1. Januar gilt in Deutschland ein Mindestlohn. Doch nicht immer, wenn er eigentlich gezahlt werden muss, ist das offensichtlich der Fall; und es gibt offenbar auch Arbeitgeber, die versuchen, ihn künstlich zu „drücken“. Die Expertinnen und Experten der Arbeitskammer registrieren seit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes jedenfalls einen deutlich erhöhten Beratungsbedarf. Die unterschiedlichsten Fragen wurden Daniela Petry, Samia Wenzl und Timm Lau zum Thema bereits gestellt, und sie hörten auch Klagen, dass Arbeitgeber den Mindestlohn mit fadenscheinigen Argumenten nicht zahlen wollen. „Aushilfen steht das nicht zu“, habe ein Unternehmer seinen Beschäftigten gesagt, erzählt Samia Wenzl. Ein anderer Chef habe klipp und klar erklärt: „Ich zahle das einfach nicht.“ Timm Lau berichtet von Versuchen, die Stundenzahl bei gleicher Leistung zu reduzieren, tarifliche Leistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf den Mindestlohn anzurechnen oder Trinkgeld zum Lohnbestandteil zu machen. Solche Tricks sind natürlich sehr fragwürdig und in der Regel unzulässig. Arbeitgebern, die Umgehungs-Strategien anwenden, drohen empfindliche Geldbußen.

Ein Ratschlag erscheint Timm Lau, Samia Wenzl und Daniela Petry mit Blick auf die Anfragen zum Thema Mindestlohn besonders wichtig. Vor konkreten arbeitsvertraglichen Festlegungen sollte jeder Betroffene „erst einmal in Ruhe abwägen, was das für ihn bedeuten könnte, bevor er etwas unterschreibt“.

Mark Baumeister, Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG im Saarland, erteilt Forderungen aus Reihen der Union nach Lockerungen bei der Dokumentationspflicht der Arbeitszeiten eine klare Absage. Entließe man die Arbeitgeber aus der Pflicht, die Arbeitszeiten von geringfügig Beschäftigten korrekt zu erfassen, träfe das genau jene Gruppe von Arbeitnehmern, die besonders vom Mindestlohn profitieren, sagt Baumeister: „Es ist von keinem Arbeitgeber zu viel verlangt, die Arbeitszeiten seiner Mitarbeiter korrekt zu erfassen.“ Wenn die Arbeitszeiten der beispielsweise rund 50 Prozent Minijobber im Gastgewerbe nicht mehr erfasst würden, dann wäre eine Überprüfung des Mindestlohns unmöglich. „Die Folgen wären logisch: Die Arbeitgeber würden die Chance zur Umgehung des Mindestlohns dankend annehmen.“ ww

Der DGB hat im Internet unter der Adresse [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de) viele Informationen zum Thema Mindestlohn gebündelt. Dort gibt es auch Antworten auf die unterschiedlichsten Fragen. Bis Ende März können sich Beschäftigte mit ihren Anliegen auch unter der Nummer (0391) 4 08 80 03 an die Mindestlohn-Hotline des DGB wenden. Auch die Arbeitskammer bietet unter [www.arbeitskammer.de/beratung/haeufig-gestellte-fragen-faq/mindestlohn](http://www.arbeitskammer.de/beratung/haeufig-gestellte-fragen-faq/mindestlohn) Antworten auf Fragen zum Umgang mit dem Mindestlohn an.

## 519.000

Personen waren im Jahr 2014 in der saarländischen Wirtschaft erwerbstätig. Das waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes per saldo rund 900 Arbeitskräfte oder 0,2 Prozent mehr als 2013. Der Stellenzuwachs spielte sich vor allem in der Gruppe der Arbeitnehmer ab, deren Anzahl um fast 1.000 Personen auf 477.200 stieg.



| Sammlung Kesternich (2)

GASTARBEITER | Vor gut 50 Jahren kamen die ersten Türken

## Fremde Malocher waren lernfähig und fleißig

1964 suchten die Verantwortlichen bei den Röchling'schen Eisen- und Stahlwerken (RESW) in Völklingen wegen einer Ausweitung der Produktion neue Arbeitskräfte. Da im Saarland kaum geeignete Arbeitskräfte zu finden waren, warb man wie andere deutsche Unternehmen im europäischen Ausland und der Türkei um Arbeiter.

Bereits seit 1961 hatten bundesrepublikanische Firmen positive Erfahrungen mit den ersten 7.000 türkischen Arbeitern gemacht. Nun warben auch die RESW in der Türkei Arbeitskräfte an. Zwischen dem 12. September und dem 2. Oktober 1964 trafen in mehren Transporten 196 Türken in Völklingen ein. Für die meist aus Anatolien im Osten des Landes stammenden Arbeiter, die die in Deutschland üblichen Arbeits- und Lebensbedingungen nicht kannten, war dies eine Herausforderung. Die neuen Mitarbeiter sahen sich nicht nur Verständigungs- und Mentalitätsproblemen, sondern auch den in einem Hüttenwerk erhöhten Unfallgefahren ausgesetzt. Eine vorläufige Unterbringung in Drei- und Vierbett-Zimmern in einem Block der Landesaufnahmesiedlung in Lebach und die Entbehrung von



**Eine für sie ungewohnte und harte Tätigkeit erwartete die türkischen Gastarbeiter in den Röchling'schen Eisen- und Stahlwerken. Doch bald schon waren die ausländischen Kollegen ein fester Bestandteil der saarländischen Arbeitswelt.**

Familie und Heimat hielten den „Wohlfühlfaktor“ im neuen Umfeld in engen Grenzen. Bis zur Fertigstellung von zwei Hochhäusern für 200 türkische Mitarbeiter in der Fenner Leostraße 10 und 12 im Frühjahr 1966, wohnten die Türken auswärts – 121 in Lebach, 55 in Niedersalbach und 14 in Wehrden. Unkenntnis, Verständigungsschwierigkeiten und religiöse Vorurteile führten anfangs bei den einheimischen Arbeitern zu Vorbehalten. Dazu kamen gelegentlich von deutschen Kollegen geäußerte rassistische Vorurteile. So wurde mancher Italiener schon mal als „Dreggia Badollo“ oder ein Türke als „Kimmeltirke“ beziehungsweise „Knowlowfresser“ verunglimpft. Möglicherweise hatte die Werksleitung solche oder ähn-

liche Äußerungen einzelner Mitarbeiter sogar befürchtet, denn in der Werkszeitung hieß es auf Türkisch: „Bize dostluk gösterin!“ („Seid nett zu uns!“).

Es dauerte geraume Zeit, bis kostenlose Deutschkurse die Verständigungsprobleme in der Belegschaft bei Arbeitsanweisungen verringerten. Letztlich erwiesen sich die meisten türkischen Kollegen als lernfähig und fleißig. Trotzdem gab es weiterhin unterschwellige Aversionen ihnen gegenüber. So wurde immer wieder behauptet, die Türken bekämen einen Lohn, der über dem der deutschen Arbeiter liege. Das war absolut unzutreffend, aber es schürte Vorurteile.

Bedingt durch die 1966 einsetzende Wirtschaftskrise, die zu einer deutlichen Reduzierung der Belegschaft auch bei den RESW führte, wurden die Verträge mit den türkischen Gastarbeitern vorübergehend ausgesetzt. Ein abermaliger Arbeitskräftemangel führte jedoch 1969 zur erneuten Anwerbung von rund 225 Türken. 1970 wurden weitere 435 ausländische Mitarbeiter bei den RESW eingestellt, ebenfalls überwiegend aus der Türkei. Für diese musste abermals Wohnraum geschaffen werden. Dazu wurden 1970 auf dem Matzenberg in Saarbrücken-Burbach zwei Wohnheime mit 87 Zimmern errichtet. Für einen Schlafplatz zahlten die Arbeiter damals im Vierbett-Zimmer 33 DM plus 50 bis 60 DM für Heizung, Strom und Müllabfuhr monatlich. Der Höchststand an ausländischen Mitarbeitern wurde in dem seit 1971 unter Stahlwerke Röchling Burbach (SRB) firmierenden Unternehmen 1973 mit einer Quote von über zwölf Prozent erreicht. Damals waren von den insgesamt 22.800 SRB-Beschäftigten 2.796 Ausländer (darunter 1.213 Türken). Mit dem Beginn der Stahlkrise verringerte sich deren Anzahl deutlich, so dass im Jahr 1977 nur noch 210 Türken dort beschäftigt waren. Von einem Abfindungsangebot machten zahlreiche türkische Mitarbeiter Gebrauch. Für das deutsche Rentensystem war die Beschäftigung von Türken letztlich ein Gewinn, arbeiteten doch nicht wenige nur einige Jahre in Deutschland. Lediglich die, die mindestens 60 Monate Beiträge eingezahlt hatten, erhielten später auch eine Rente.

Hubert Kesternich

GEWERKSCHAFTEN | Das Ringen um die Tarifeinheit mit der oder gegen die Politik

# Solidarität oder Konkurrenz?

„Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“: Für diesen Grundsatz tritt Reiner Hoffmann mit Nachdruck ein. Dem DGB-Vorsitzenden ist es ein Dorn im Auge, „wenn bestimmte Berufsgruppen ihre Macht nutzen, um ihre partikularen Interessen gegen das Gesamtinteresse einer Belegschaft durchzusetzen“. Konkurrierende Gewerkschaften, warnt Detlef Wetzels, stärken „neoliberale Wunschträume über eine Spaltung der Arbeitnehmerseite“. Der Vorsitzende der IG Metall fordert deshalb, „dass eine solidarische Tarifpolitik für alle Beschäftigtengruppen Vorrang vor Partikularinteressen hat“. Hoffmann, die IG Metall und vier weitere der acht DGB-Gewerkschaften unterstützen deshalb den Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zur Tarifeinheit: Bei einem Konflikt zwischen verschiedenen Gewerkschaften um die gleiche Berufsgruppe soll der Tarifvertrag jener Organisation gelten, die im betreffenden Betrieb die meisten Mitglieder hat. Dieses Mehrheitsprinzip soll die Macht kleiner Lobby-Verbände und eine Zersplitterung der Tariflandschaft eindämmen.

Auch Frank Bsirske befürwortet die Tarifeinheit, die aber mit gewerkschaftlichen Mitteln erreicht werden müsse. Ein Gesetz lehnt der ver.di-Chef aus Furcht vor einer „Einschränkung des Streikrechts“ ab. Neben ver.di befürchten die GEW und die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), dass in einem Betrieb Organisationen, die in der Minderheit sind, nicht zum Arbeitskampf aufrufen dürfen, weil der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft angewandt wird. Dies könnte ver.di etwa in Zeitungsverlagen treffen, wo man in der Minderheit ist. „Tarifeinheit: ja – Eingriff ins Streikrecht: nein“ lautet der Titel einer Unterschriftenkampagne gegen das geplante Gesetz. Der Vorstoß der Bundesregierung sorgt bei Parteien, Wissenschaftlern, Juristen und auch bei den Gewerkschaften für Zündstoff – und ebenso im Bundestag, der jetzt über den Entwurf berät. Spartengruppen erleben einen Aufschwung. Die Mitglieder des

Lokführerverbands GdL, der Pilotenvereinigung Cockpit, der Fluglotsenorganisation GdF oder des Ärzteverbands Marburger Bund sitzen oft an zentralen Schaltstellen. Sie können mit gezielten Streiks ein Unternehmen leicht in die Knie zwingen und hohe Lohnzuwächse herauschlagen. Der DGB stemmt sich gegen diesen Trend hin zu Ellbogenmentalität und Egoismus in den Belegschaften.

Das im Gesetzentwurf verankerte Mehrheitsprinzip bei Tarifverträgen greift dann, wenn nicht klar ist, welche Gewerkschaft welche Berufsgruppe in einem Betrieb vertritt und es deshalb zu Überschneidungen kommt. Der Zoff bei der Bahn illustriert dieses Problem: Die GdL will nicht mehr nur für Lokführer, sondern auch für andere Beschäftigte zuständig sein und wildert deshalb im Revier der DGB-Gewerkschaft EVG.

Wie ver.di, NGG und GEW lehnen die Befürworter eines Gesetzes zur Tarifeinheit Einschränkungen des Streikrechts ab. Das bleibe „unangestastet“, betont auch Nahles. Kritiker

fürchten jedoch einen indirekten Eingriff ins Streikrecht: Gerichte könnten Arbeitskämpfe kleiner Gewerkschaften als unverhältnismäßig verbieten, weil deren angestrebte Tarifverträge nie in Kraft treten werden.

Es müsse klar geregelt werden, mahnt Hoffmann, wie innerhalb eines Unternehmens das definiert wird, was als Betrieb gilt. Der DGB will verhindern, dass ein Arbeitgeber seine Einzelbetriebe so organisiert, dass die von ihm favorisierten Gewerkschaften jeweils in der Mehrheit sind. Und wie soll geklärt werden, welcher Verband die meisten Mitglieder hat? Kein Arbeitnehmer muss seine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft offenbaren. Soll ein Notar die Zahl der Mitglieder ohne deren Namensnennung ermitteln? Muss ein Gericht entscheiden, wenn zwei Verbände beanspruchen, das stärkere Lager zu sein? Bei der Tarifeinheit steckt der Teufel noch in manchem Detail.

Karl-Otto Sattler

**Im Kampf um höhere Löhne und gute Arbeitsbedingungen befürchten einige Gewerkschaften durch ein Gesetz zur Tarifeinheit Verschlechterungen, andere erhoffen sich davon Verbesserungen.**



| D'Angiolillo

TEXTILBRANCHE | Bei der Herstellung herrschen teilweise unmenschliche Bedingungen

# Händler und Kunden können etwas **gegen Ausbeutung** tun



Von Zwangsarbeit selbst im vermeintlich doch so zivilisierten Europa ist ab und an zu lesen, zu sehen und zu hören. Am Bau, in der Landwirtschaft oder auch im sogenannten Rotlichtmilieu werden immer mal wieder Fälle bekannt, in denen Menschen gegen ihren Willen verpflichtet werden, Waren herzustellen oder Dienstleistungen anzubieten. Dass es aber so etwas wie moderne Sklaverei noch in weitaus größerem Umfang gibt, ist zwar in Fachkreisen bekannt, wird jedoch öffentlich eher selten erörtert. Möglicherweise hängt das damit zusammen, dass die „Sklaven“ letztlich dafür sorgen, dass wir nicht allzu viel Geld für bestimmte Produkte zahlen, was den allermeisten von uns sehr recht ist.

Bei einer Themen-Veranstaltung der Arbeitskammer des Saarlandes unter dem Titel „Von der Baumwolle bis zum T-Shirt – Zwangsarbeit in der Textilherstellung“ wurde eben diese Problematik beleuchtet. Kooperationspartner bei dem Termin, der 60 Interessierte anzog, waren „Sklavenlos!“, das Saar-Bündnis gegen globale Sklaverei heute, und die Gewerkschaft ver.di. Verschiedene Experten erläuterten dabei, unter welch miserablen Bedingungen Kinder und Erwachsene speziell in asiatischen Staaten Kleidungsstücke produzieren und inwieweit das mit Wissen und Billigung der allermeisten Endabnehmer in Europa geschieht. Beim Brand des Fabrikkomplexes „Rana Plaza“ in Bangladesch starben im April 2013 mehr als 1.100 Arbeiterinnen und 2.400 wurden zum Teil schwer verletzt. Dadurch musste eine breitere Öffentlichkeit immerhin zur Kenntnis nehmen, dass die dortigen Produktionsbedingungen wahrlich „menschensverachtend“ sind. AK-Hauptgeschäftsführer Horst Backes sagte bei seiner Einführung ins Thema: „Niedrigstlöhne, Überstunden und gesundheitsgefährdende Bedingungen sind eine alltägliche Erfahrung von Arbeitern auf den Baumwollfeldern, in den Spinnereien, Färbereien, Webereien und Nähereien in nahezu allen Ländern, aus denen wir unsere Textilien beziehen.“ Zudem trügen viele der in Deutschland verkauften Kleidungsstücke Spuren von Zwangs- und Kinderarbeit. In Indien und Pakistan gebe es Schuldknechtschaft, in Usbekistan und China würden Beschäftigte



| Picture Alliance (2)

zwangsrekrutiert, in Benin gebe es regelrechten Menschenhandel. „Sklavenlos“-Koordinatorin Tamara Enhuber legte dar, dass nach Schätzungen weltweit zwischen 21 und 36 Millionen Menschen von moderner Sklaverei, Zwangshandel oder Menschenhandel betroffen sind, wobei es in Europa vermutlich immerhin 880.000 Personen gibt, die zu dieser Gruppe gehören. Steffi Recknagel, ver.di-Fachbereichsleiterin Handel für das Saarland, machte deutlich, dass in Deutschland Jahr für Jahr rund sechs Milliarden Kleidungsstücke über die Ladentheken gehen. Dafür zahlten die Konsumenten nicht mehr als vor gut 30 Jahren, was nur bedeuten könne, dass sehr viele Konsumenten offenbar Billigtexilien kaufen.

#### 150 MILLIARDEN DOLLAR PROFIT PRO JAHR

Ann-Kathrin Voge, die als Referentin für entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen tätig ist, erklärte, dass der Profit durch die für die Zwangsarbeit Verantwortlichen pro Jahr etwa 150 Milliarden Dollar betragen dürfte. Und die „textile Kette“ gerade bei Baumwolle sei so komplex und lang, dass die europäischen Firmen fast nie wüssten, wer wo was wie mache. Die Baumwolle werde möglicherweise in Usbekistan gepflückt, in Indien gesponnen, in China gefärbt, wiederum in Indien gewebt und dann in Bangladesch genäht, um letztlich in Deutschland verkauft zu werden. Gisela Burckhardt, Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsorganisation Femnet, nahm die aktuelle Politik der Bundesregierung unter die Lupe und formulierte zentrale Forderungen an die Unternehmen. Als ihr Credo nannte sie: „Rechte für Menschen – Regeln für

Bei kritischen Konsumenten regt sich Widerstand gegen die „Sklaverei“ in der Textilproduktion, wie hier bei einer Protestaktion in Berlin.



| D'Angiolillo

Ann-Kathrin Voge, Gisela Burckhardt und Antje Koch (v. l.) erläuterten die Zustände in der Textilbranche.

Weitere Informationen zum Thema gibt es im Internet unter [www.das-ist-untragbar.de](http://www.das-ist-untragbar.de) oder unter [www.femnet-ev.de](http://www.femnet-ev.de).

Unternehmen“. Den Aktionsplan der großen Koalition in Berlin, in dem ein existenzsichernder Lohn vom Baumwollfeld bis zum Bügel sowie die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards formuliert wurden, sei „recht anspruchsvoll“, meinte Burckhardt. Allerdings sehe der Plan keine bindende Verpflichtung vor, die Vorgaben umzusetzen, kritisierte sie. Die Hersteller müssten schnellstmöglich gesetzlich verpflichtet werden, die Bedingungen für die Arbeiter deutlich zu verbessern.

Ver.di-Jugendsekretärin Antje Koch stellte die Ziele der Gewerkschaftsinitiative „Das ist untragbar!“ vor. Im Rahmen der Kampagne sollen Konsumenten sensibilisiert werden, bewusster einzukaufen. Mit gezielten Aktionen vor Geschäften großer Handelsketten wie H&M, Primark oder C&A wollen ver.di-Mitglieder Aufklärungsarbeit leisten und auf Missstände hinweisen. Letztlich erhoffen sich die Gewerkschafter durch ein öffentliches Echo auf die Kampagne, den Druck auf die Politik zum Umsteuern zu erhöhen.

Eventuell könnte auch ein gezielter Konsumenten-Boycott, wie es ein Teilnehmer formulierte, dazu beitragen, dass deutsche oder weltweit agierende Textilfirmen die Einhaltung fundamentaler Menschenrechte garantieren – und dass die Politik das überwacht. Hingegen dürfte es Augenwischerei sein, künftig nur noch hochpreisige Kleidungsstücke zu erwerben, wenn man sie sich denn leisten kann und will. Bei vielen dieser Unternehmen sind nach Ansicht der Expertinnen die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung nämlich leider um keinen Deut besser.

Wulf Wein

AUSBILDUNG | Prüfungen müssen nachvollziehbar und fair ablaufen

# Zum perfekten Berufsabschluss gehört **umfassende Betreuung**



| D'Angiolillo (2)

Die meisten jungen Menschen, die sich in einer Berufsausbildung befinden, wünschen sich vermutlich, „bestmöglich qualifiziert“ in die entscheidende Abschlussprüfung zu gehen. Damit das klappt, müssen die Prüflinge entsprechend vorbereitet werden. Einen wichtigen Beitrag können dazu die ehrenamtlichen Prüfer leisten. Um sie ging es bei einer Konferenz unter dem Titel „Gute Ausbildung braucht gute Prüfung!“, die im Bildungszentrum der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel stattfand. Die Fachveranstaltung wurde vom DGB Saar, dem Bildungswerk Arbeit und Leben, der IG Metall und der Arbeitskammer organisiert.

Allein im Saarland gibt es für die Ausbildungsgänge in Handel, Industrie, Handwerk und anderen Branchen einige Hundert Prüferinnen und Prüfer. Diese ehrenamtlichen Kräfte nehmen einerseits die unterschiedlichsten Prüfungen ab und stellen damit die Qualität der Aus- und Weiterbildung sicher, sie wirken andererseits aber auch vermittelnd zwischen Ausbildungsbetrieben, Schulen und Kammern. Bei der Konferenz sollte der Austausch und die Vernetzung der Prüfer ge-

**Wenn Auszubildende im Betrieb, in der Berufsschule und von ihren Prüfern möglichst umfassend betreut werden, steht einem guten Abschluss kaum etwas im Wege.**

stärkt werden. Außerdem wurden die Teilnehmer über Neuerungen informiert, um „Ausbildung und Prüfungen noch besser und fairer zu machen“, wie es hieß.

Timo Gayer vom IG-Metall-Vorstand stellte das ambitionierte „Prüf-mit!“-Projekt seiner Gewerkschaft vor. Gayer betonte zudem die Bedeutung ehrenamtlicher Prüfertätigkeit, um eine moderne und zukunftsgewandte Ausbildung zu gewährleisten.

Die frühere saarländische Arbeits- und Sozialministerin Regina Görner referierte über die historische Entwicklung der Ausbildung in Deutschland und hob dabei hervor, dass es eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sei, „sich für eine gute Berufsausbildung zu engagieren“. Justus Wilhelm von der Handwerkskammer des Saarlandes und

**Helmut Dittke vom DGB (links) und Timo Gayer von der IG Metall referierten neben anderen Fachleuten über das Prüferwesen in der Berufsausbildung.**



Klaus Schmitt von der IHK Saar unterstrichen die Bedeutung der Qualitätssicherung in Ausbildung und Prüfung. Nach Ansicht dieser Referenten ist eine kontinuierliche Qualitätssicherung in diesem Bereich nicht zuletzt deshalb unabdingbar, weil eine gute und verlässliche Ausbildung ein fester Bestandteil des Markenkennzeichens „Made in Germany“ ist.

Im weiteren Verlauf der Tagung stellten Timo Gayer und Erich Scherer (HWK Saar) in einer Arbeitsgruppe die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Prüfertätigkeit vor. In einer zweiten Arbeitsgruppe beleuchtete Helmut Dittke (DGB-Bundesvorstand) die rechtlichen Grundlagen des Prüfungswesens und der Prüfungsordnung. In einer dritten Arbeitsgruppe gab Frank Gerdes (IG-Metall-Vorstand) einen Einblick in die Entstehung neuer Berufsbilder sowie in neue Ausbildungspläne und -inhalte.

Nach dem Treffen waren sich alle Teilnehmer einig, dass bei den Prüfern „ein enormer Bedarf nach Qualifizierung, Austausch und Vernetzung“ besteht. Deshalb wollen die Kooperationspartner im Saarland künftig regelmäßig Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen für Prüfer und Ausbilder anbieten. Das Angebot soll Schulungen und die Vorstellung wichtiger Neuerungen im Prüfungswesen beinhalten, aber auch eine Plattform für einen ungezwungenen Gedankenaustausch bieten.

Roman Lutz, Arbeitskammer  
Abteilung Bildungspolitik

Das „Prüf-mit!“-Projekt der IG Metall wird im Internet unter <http://wap.igmetall.de/wap/6872.htm> erläutert. Weitere Informationen bietet das „Online-Portal für Prüferinnen und Prüfer“ des Bundesinstituts für Berufsausbildung. Es ist unter [www.prueferportal.org](http://www.prueferportal.org) zu erreichen. Wer sich für Referate der Kirkeler Prüferkonferenz interessiert, kann sie unter [www.arbeitskammer.de/nachbetrachtungen2015](http://www.arbeitskammer.de/nachbetrachtungen2015) anfordern.

# Arbeit muss sich lohnen!



„Der Mindestlohn ist ein klares Signal gegen Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung. Er trägt auch dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Anke Rehlinger,  
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr





| D'Angiolillo (5)

EXTREMISMUS | Viele Saarländer wollen sich nicht mit Terror und Intoleranz abfinden

## Nein zu Gewalt und Fremdenhass: „Jeder Mensch ist gleich wichtig“

Manchmal übertreiben es wohlmeinende Bürger mit der Symbolik. Ob nun wirklich jeder Charlie sein sollte, wie es nach dem Terroranschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ oft zu sehen, zu hören und zu lesen war, sei dahingestellt. Auch der Beleg dafür, dass Jesus „kotzen“ würde angesichts der Äußerungen selbsternannter Patrioten zur Verteidigung des christlichen Abendlandes, fehlt bislang. Vermutlich bekäme der Heiland vor lauter Erbrechen schwerwiegende gesundheitliche Probleme, weil Gewalt und Dummheit leider in vielen Gegenden auf der Welt verbreitet sind.

Mörderische Anschläge, Unterdrückung von Minderheiten und die Verfolgung von Menschen aus politischen oder religiösen Gründen beschränken sich keinesfalls auf sogenannte Abendland. Die Empörung sollte daher nicht allzu sehr auf ein bestimmtes schreckliches Ereignis fokussiert werden.

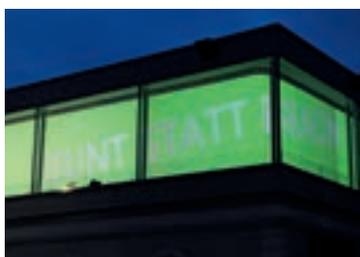
Trotzdem war es gut und wichtig, dass sich auch im Saarland nach den jüngsten Vorfällen in Frankreich und den Reaktionen darauf ein breites Bündnis formierte, das sich zu Toleranz und gegen die Ausgrenzung von Muslimen bekannte. Und es war schon beeindruckend, dass am 12. Januar insgesamt 9.000 Menschen auf die Straße gingen,

um mit einer Demonstration in der Saarbrücker Innenstadt und bei einer Kundgebung auf dem St. Johanner Markt zu zeigen, dass die Region „bunt statt braun“ ist. Dagegen folgten an diesem Tag gerade mal 300 Personen dem Aufruf der Gruppierung „Saarland gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Saargida) zu einer Mahnwache. Die Botschaften in den Redebeiträgen auf dem St. Johanner Markt waren ebenso notwendig wie unmissverständlich. „Die Menschen in Paris wurden nicht umgebracht durch eine Religion oder den Islam, sondern durch Mörder und den Hass“, sagte Ministerpräsident

**9.000 Menschen zogen am Abend des 12. Januar durch die Saarbrücker Innenstadt und sagten „Nein“ zu Intoleranz und Terrorismus.**

tin Annegret Kramp-Karrenbauer. Und sie fügte an: „Für uns ist jeder Mensch gleich wichtig, egal woher er kommt, was er glaubt oder wen er liebt.“ Der Vorsitzende des muslimischen DITIB-Landesverbands, Rasim Akkaya, rief der Menge zu: „Wir wissen, dass die große Mehrheit unserer Mitbürger weder islam- noch fremdenfeindlich ist.“ Die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz stellte klar: „Wir stehen heute hier gemeinsam und sagen, Fremdenhass hat bei uns keine Chance.“

Am 21. Januar verurteilten dann auch alle Fraktionen im Saar-Landtag die „verabscheuungswürdigen Morde“ in Paris und bekannten sich zu den freiheitlichen Grundwerten. Im Alltag muss sich nun allerdings bei der Umsetzung von gezielten Integrationsmaßnahmen, in der öffentlichen Debatte über jede Art von Fundamentalismus oder bei gesetzlichen Vorhaben gegen Extremisten zeigen, ob die große Mehrheit tatsächlich gewillt und bereit ist, positive Veränderungen im gesellschaftlichen Klima zu erreichen. Für das Saarland wäre ein erster kleiner Erfolg sicherlich darin zu sehen, wenn der „Saargida“-Spuk mangels Interesse möglichst schnell wieder beendet ist.



**Mit Fantasie gegen dumpfe Parolen: Das Motto „BUNT statt BRAUN“ taugt auch als Fensterschmuck, die französische Fahne zeugt von Solidarität mit den Nachbarn und Freunden.**

Wulf Wein

BUNT STATT BRAUN | AK tritt Bündnis bei

## Bekanntnis zu einer offenen Gesellschaft

Die Arbeitskammer ist jetzt dem saarländischen Aktionsbündnis „BUNT statt BRAUN – Gemeinsam für Verständigung, Menschenrechte und Demokratie“ beigetreten. Damit legt die Kammer ein klares Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft und gegen Ausgrenzung ab. „In den saarländischen Betrieben arbeiten viele Menschen mit ausländischen Wurzeln, in unserem Interkulturellen Kompetenzzentrum in Völklingen-Wehrden und in unserem Haus der Beratung unterstützen wir alle ratsuchenden Arbeitnehmer – egal welcher Herkunft!“, erklärte der AK-Vorstandsvorsitzende Hans Peter Kurtz. Alle Mitbürger, auch die mit ausländischen Wurzeln, seien wichtiger Teil „unserer offenen Gesellschaft“. Die Mitglieder des Aktionsbündnisses „BUNT statt BRAUN“ wollen rechtes Gedankengut, Rassismus und antidemokratische Pa-

rolen, Gewaltverherrlichung und Bagatellisierung der Nazi-Zeit im Saarland nicht hinnehmen. Das Bündnis versucht, durch geeignete Aktionen bunte Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, für Toleranz und ein besseres Miteinander der Kulturen zu setzen. Dem Bündnis gehören neben vielen anderen Organisationen und Institutionen der DGB, viele Einzelgewerkschaften, AWO, Attac, Parteien, die Synagogengemeinde Saar und Ramesch an. Koordiniert wird die Arbeit des Bündnisses vom Saarbrücker Pfarrer Jörg Metzinger. Die Arbeitskammer hatte auch schon zur Teilnahme an der Großdemo unter dem Motto „Wir stellen uns quer – No Saargida“ am 12. Januar aufgerufen und war mit einer zahlenmäßig starken Gruppe bei der Veranstaltung präsent. red

[www.buntstattbraun-saar.de](http://www.buntstattbraun-saar.de)



„Saargida“ verzeichnete bei Kundgebungen in Saarbrücken nur wenig Zulauf (links), doch die Polizei war stets präsent, um zum Beispiel Zusammenstöße mit Gegendemonstranten von der Antifa zu verhindern.



Gemeinsam mit anderen Partnern startet die Arbeitskammer im Mai die Kampagne „Arbeitnehmer gegen Rechtsextremismus“.

| Arbeitskammer

AK-AKTION | Große Kampagne gegen Rechts

## „Klare Kante“ gegen extreme Umtriebe

Um „klare Kante“ zu zeigen und um ihr Engagement für eine weltoffene Gesellschaft zu verdeutlichen, startet die Arbeitskammer zusammen mit der DGB-Region Saar sowie weiteren Organisationen und Institutionen die Kampagne „Arbeitnehmer gegen Rechtsextremismus“. Auftakt zur Kampagne, in deren Rahmen ganzjährige Aktionen und Veranstaltungen stattfinden werden, ist der 8. Mai 2015 als der Tag, an dem sich zum 70. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs jährt. An diesem Tag werden AK und DGB unter der Schirmherrschaft von Bildungsminister Ulrich Giese und Sportminister Klaus Bouillon an der Hermann-Neuberger-Sportschule mit ihren Partnern die Ausstellung „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“ eröffnen. Die Schau, die vor wenigen Monaten von Bundespräsident Joachim Gauck der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, zeigt auf großflächigen Tafeln Sportler und Politiker im Dialog – mit jeweils einem deutlichen „Nein“ zu rechtsextremistischen Umtrieben und einem klaren „Ja“ zur Demokratie. Im Rahmen der Kampagne wird es im weiteren Verlauf des Jahres außerdem Lesungen, Theateraufführungen, Konzerte, Führungen, Exkursionen und Bildungsmaßnahmen für Schüler, Jugendgruppen und Erwachsene geben. Auch die AK-Filmtage 2015 widmen sich schwerpunktmäßig dem Kampf gegen rechte Umtriebe und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft. red

## ZWISCHENRUF | Zeichen der Verunsicherung

Mit Gegenprotesten und Ermahnungen allein wird die Gesellschaft den Trend zur offenen Fremdenfeindlichkeit nicht stoppen können. Was derzeit mit Unterstützung rechtsextremer politischer Kräfte bei Demonstrationen artikuliert wird, zeugt von einer um sich greifenden Verunsicherung. Auch viele Bürger, die geistig mit „Pegida“ überhaupt nichts zu tun haben und keinerlei Verständnis für deren populistische Parolen aufbringen, sorgen sich

angesichts eines rigiden Sparkurses in Kommunen, Ländern und beim Bund um die Zukunft des Gemeinwesens. Wenn die Politik nicht bald klare Perspektiven für ein soziales Deutschland, in dem allen Menschen verlässliche Bedingungen für ein „gesichertes Leben“ vorfinden, aufzeigt, dann könnte es schnell ziemlich ungemütlich in unserer Republik werden.

Wulf Wein



| picture alliance



| D'Angiolillo

ZUWANDERUNG | Migrationsbericht der Bundesregierung für 2013 zeigt Rekordzuwachs

## Die meisten Zuwanderer kommen aus europäischen Ländern

Bei der Diskussion um Zuwanderung und Flüchtlingsströme geht oft einiges durcheinander, werden je nach Interessenlage und politischer Ausrichtung andere Zahlen präsentiert. Oder die Fakten anders interpretiert. Einen Überblick über die reale Lage verschafft der vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge erstellte Migrationsbericht. Im Januar wurde er jetzt für das Jahr 2013 vorgelegt.

Danach gab es 2013 die höchste Zuwanderung seit 1993, um 13 Prozent stiegen die Zahlen gegenüber dem Vorjahr. 1,23 Millionen Menschen kamen nach Deutschland. Gleichzeitig haben aber auch 800.000 die Bundesrepublik verlassen, sodass der sogenannte Wanderungsgewinn bei 430.000 Menschen liegt. Eine weitere wichtige Erkenntnis: Zuwanderung nach Deutschland ist europäisch. Hauptherkunftsland ist dabei mit 200.000 Menschen Polen, das die Zuwanderungsliste bereits seit 1996 anführt. Aber auch ihre Zahl stieg um sieben Prozent. Ebenfalls gestiegen sind die Zuzüge aus Rumänien, 16 Prozent mehr Menschen zog es in die Bundesrepublik. An dritter Stelle liegt Italien, wegen der Finanzkrise gab es hier

**Die meisten Asylbewerber flohen vor dem Bürgerkrieg in Syrien, hier das zerstörte Kobane Anfang des Jahres (Bild links).**

**Im Saarland kommen derzeit nach Angaben des Innenministeriums monatlich rund 300 Flüchtlinge im Aufnahmelaager Lebach an, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden. (Bild rechts).**

ein Plus von fast 35 Prozent. Und auch die Flüchtlingszahlen sind deutlich gestiegen, die Zahl der Asylanträge hat sich um 70 Prozent erhöht.

Für Flüchtlinge liegen auch bereits die Zahlen für 2014 vor. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums betrug die Gesamtzahl der Asylanträge im letzten Jahr 202.834. Hauptherkunftsland der meisten Antragsteller war Syrien, danach folgten Serbien, Eritrea, Afghanistan, Irak, Kosovo und Mazedonien. Das sieht im Saarland ähnlich aus. Hier haben nach Angaben des Innenministeriums für Inneres und Sport 2.825 Personen einen Asylantrag gestellt. Die meisten Asylbewerber kamen aus Syrien (1.724 Personen), gefolgt von Eritrea (393 Personen), Afghanistan (142 Personen), Serbien (124 Personen) und Irak (98 Personen).

Unter dem Begriff Flüchtlinge fasst das Innenministerium einen weiten Personenkreis: Neben Asylbewerbern sind das, so die Auskunft, „Asylberechtigte, Personen, denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Eigenschaft als Flüchtling im Sinne der

Genfer Flüchtlingskonvention oder die Gewährung von subsidiärem Schutz zuerkannt hat, Personen, für die Abschiebungsverbote festgestellt wurden, sowie geduldete Ausländer (bei diesen dürfte es sich im Regelfall um abgelehnte Asylbewerber handeln).“ Zum Stichtag 31.12.2014 lebten laut Ausländerzentralregister insgesamt 5.823 „Flüchtlinge“ im Saarland.

Soweit die Zahlen. Sie belegen deutlich, dass Deutschland weit von einer „Islamisierung“ entfernt ist. Die Süddeutsche Zeitung sprach gar von einer „Wahrnehmungsstörung“. Denn einer neuen Studie zufolge verschätzen sich die Deutschen erheblich, wenn es etwa um die Zahl der Muslime im Land geht. Statt der angenommenen 19 Prozent sind es nämlich tatsächlich nur fünf Prozent. Die meisten Zuwanderer stammen eben aus dem christlichen Abendland. Und auch bei den Flüchtlingen täuschen sich viele Bundesbürger. Die meisten beantragten zu Unrecht Asyl, heißt es oft. Dabei wird gut die Hälfte aller Anträge anerkannt.

Gabi Hartmann

FAIRER HANDEL | Manchem Anbieter ist das Image offenbar wichtiger als die Ethik

# Nicht jedes Siegel bürgt für Qualität

Ist eine sozial gerechtere und nachhaltigere Welt durch bewussten Konsum möglich? Wer im Weltladen, im Bio-Supermarkt, beim Discounter oder in der Unimensa fair gehandelten Kaffee kauft, meint, damit etwas Gutes getan zu haben, verspricht doch der „faire Handel“, das Leben von Kleinbauern und Plantagenarbeitern in Ländern der Dritten Welt nachhaltig zu verbessern. So garantiert das Fairtrade-Siegel, dass die Produzenten einen verbindlichen Mindestpreis sowie eine Prämie zur Finanzierung von sozialen Projekten wie etwa den Bau einer Schule oder Kantine erhalten.

Die Aktion 3. Welt Saar, die bereits seit 1982 einen Weltladen mit Waren aus fairem Handel betreibt, verweist allerdings auf die Grenzen dieses Handelsmodells. Konkret übt die entwicklungspolitische Organisation Kritik daran, dass der faire Handel andernorts für gewerkschaftliche Rechte eintritt, hingegen hierzulande eher auf Distanz zu den Gewerkschaften und zur Arbeitnehmer-Mitbestimmung geht. Roland Röder und Wolfgang Johann von der Aktion 3. Welt Saar beklagten in einem Artikel in der Zeitschrift „iz3w“ eine „gewisse Gewerkschaftsferne“ bei den Importorganisationen des fairen Handels. Von den drei größten in Deutschland verfüge nur die GEPA seit 1988 über einen Betriebsrat, hieß es in ihrem Text.

**Der faire Handel wirbt damit, dass er sich für Bauern in der Dritten Welt einsetzt. Aber offenbar ist nicht jedes Fairhandels-Unternehmen auch gewerkschaftsfreundlich.**

**Als „Fairtrade School“ firmiert seit September 2014 die Grundschule im Saarbrücker Stadtteil Scheidt. Dort verkaufen Kinder Produkte des fairen Handels.**



| picture alliance (2)

„Mitbestimmung gehört für uns selbstverständlich dazu – im Süden wie im Norden“, sagte GEPA-Pressereferentin Brigitte Frommeyer dem „arbeitnehmer“. Der Fairhandels-Importeur und -Vertrieb El Puente habe einen Mitgliederverein, der den Mitarbeitern „begrenzte Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet“, wurde dort mitgeteilt. Die Fairhandels-Genossenschaft dwp beantwortete die „arbeitnehmer“-Anfrage, ob deren Mitarbeiter gewerkschaftlich organisiert seien, nicht.

Die Sprecher der Aktion 3. Welt Saar kritisieren auch, dass sich der faire Handel für Unternehmen wie Lidl und Starbucks geöffnet hat. Das habe die niedrigen Standards der Labelorganisationen offenbart. „Das Transfair-Siegel ist zu einem Zertifikat für Unternehmen geworden, die gerne ihr Image aufbessern“, erklärte Johann. Weil der GEPA die Standards des Transfair-Siegels nicht weit genug gingen, nutzt sie es heute nach Angaben der GEPA-Pressesprecherin nicht mehr. Die GEPA ist nach eigener Darstellung Vorreiter des fairen

Handels, 1992 war sie erster Lizenznehmer von Transfair. Seit 2011 habe die GEPA nach und nach auf das Fairtrade-Siegel verzichtet, so Brigitte Frommeyer: „Als Pionier des fairen Handels wollen und müssen wir uns als Marke positionieren. Denn wir gehen mit unserer Fair-plus-Strategie oft über die Standards des fairen Handels hinaus.“

In der Diskussion um die ethischen Standards im fairen Handel vertritt Alfred Staudt vom ver.di-Bezirk Region Saar-Trier die Auffassung, dass allenfalls über einen persönlichen Ansprechpartner in den hiesigen Fairhandels-Organisationen Betriebsräte gebildet werden können. Derzeit bestünden jedoch kaum Kontakte zu solchen Firmen, räumte der ver.di-Vertreter ein. Staudt warnte gleichzeitig vor einem „gnadenlosen Wettbewerb“ im Bereich des fairen Handels. Der würde nämlich auf dem Rücken der lokalen Produzenten ausgehen.

Benjamin Rannenberg



SOZIALPOLITIK | Bei einem brisanten AK-Forum wurden die Zusammenhänge zwischen Armut und Krankheit thematisiert

## Klagemauer gegen die soziale Kälte



| D'Angiolillo (6)

Menschen, „die im Dunkeln sind, sieht man nicht“, textete bereits Bertolt Brecht. Tatsächlich ist es wohl so, dass Bürger, die sozusagen auf der Schattenseite unserer Gesellschaft leben müssen, von einer breiteren Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen werden. Kranke Arme oder arme Kranke sind eine solche Gruppe, die viele nicht sehen (wollen). Und es ist überfällig, dass Betroffenen, die man allgemein unter dem Begriff Hartz-IV-Empfänger kennt, endlich mal ein Podium geboten wird, damit sie auf ihre Belange hinweisen können.

### DAS SAARLAND HAT EINE DER HÖCHSTEN ARMUTSQUOTEN

„Armut macht krank – Krankheit macht arm. Betroffene und Wissenschaft klagen an!“ So plakativ und griffig war eine Forumsveranstaltung der Arbeitskammer des Saarlandes in Zusammenarbeit mit der Saarländischen Armutskonferenz betitelt, die Anfang Dezember im großen AK-Saal in Saarbrücken stattfand. Zur Begrüßung machte AK-Hauptgeschäftsführer Horst Backes vor knapp 80 Gästen deutlich, dass das Saarland bei den Flächenländern nach Nordrhein-

Westfalen die höchste Armutsquote habe. Der Vorsitzende der Saar-Armutskonferenz, Wolfgang Edlinger, wies darauf hin, dass nach offiziellen Erhebungen inzwischen bereits 15,3 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung von Armut betroffen sind.

Aus wissenschaftlicher Sicht legte Prof. Dr. Gerhard Trabert in seiner „Anklage“ die Zusammenhänge zwischen Armut und Krankheit dar. Der Hochschullehrer und Mediziner aus Mainz warf der Politik vor, den sozialen Sektor immer weiter auszuhöhlen. Er forderte gleichzeitig mehr Respekt für arme und sozial benachteiligte Menschen, anstatt diese einfach auszugrenzen. „Nicht der individuelle Mensch, sondern die Gesellschaft ist für dessen Situation verantwortlich“, meinte Trabert.

Der Arzt, der selbst ein Ambulanz-Hilfsprojekt für bedürftige Menschen in Mainz leitet, warnte nachdrücklich vor den Folgen von Armut. „Armut führt dazu, dass Menschen früher sterben“, meinte er unter Berufung auf eine Untersuchung des Robert-Koch-Instituts, wonach das ärmste Viertel der Be-

**10** konkrete Beschwerden brachten die „Ankläger“ vor. In ihrer Auflistung hieß es: „Wir klagen an, weil wir uns keine gesunden Lebensmittel, keine Brille sowie keine Zuzahlungen und Kuraufenthalte leisten können, weil wir als Wohnungslose oft einen bedenklichen Gesundheitszustand aufweisen, weil Menschen ohne Krankenversicherung bleiben, weil wir in zu kleinen, schlechten Wohnungen leben müssen, weil wir uns zwischen Lebensmitteln oder Medikamenten entscheiden müssen, weil wir an Zahnlücken im Gebiss erkennbar sind, weil wir als arme Menschen deutlich früher sterben, weil Politikerinnen und Politikern unsere Gesundheit egal ist.“

Als von Armut und/oder Krankheit betroffene Menschen erhoben Uwe Hein, Beate Philippi, Manjeet Singh, Marianne Rau und Jürgen Veit Anklage gegen die gesellschaftlichen Zustände (v. l.).

Prof. Dr. Gerhard Trabert erläuterte die Zusammenhänge zwischen Armut und Krankheit.

völkerung im Vergleich zum reichsten Viertel acht bis elf Jahre kürzer lebt. Eine „doppelte Benachteiligung“ für arme Menschen nannte Trabert den Umstand, dass für sie Brillen, Zahnbehandlungen und Hörgeräte oft nicht mehr finanziert werden.

Wie unsolidarisch das deutsche Sozialsystem zum Teil schon ist, machten sehr eindringlich fünf Betroffene klar. Sie errichteten eine Klagemauer aus großen Pappkartons, auf denen sie formulierten, was genau im Argen liegt (siehe oben). Beate Philippi, Marianne Rau, Uwe Hein, Manjeet Singh und Jürgen Veit schilderten jeweils ihre



persönliche Lebens- und Leidensgeschichte, wobei zu spüren war, wie schwer es ihnen fiel, aus dem Dunkeln zu treten, um Rechenschaft abzulegen. Sie legten aber „ihre Scham und Scheu ab“ (so Moderator Roman Glauben), weil es ihnen wichtig war, die Problematik anschaulich zu machen.

Speisen und Getränke könne er aus finanziellen Gründen eigentlich nur beim Discounter kaufen, sagte Jürgen Veit. Uwe Hein schilderte, dass er sich trotz ärztlicher Indikation keine ordentliche Brille kaufen kann. Marianne Rau beklagte, dass sie sich bestimmte Arzneimittel wegen der hohen Zuzahlungen schlichtweg nicht leisten kann. Manjeet Singh beschwerte sich darüber, dass ihm als Suchtkranken keiner wirklich hilft: „Egal wo man hinkommt, man wird abgewiesen.“

**DIE SCHILDERUNGEN MACHTEN WÜTEND UND BETROFFEN**

„Unheimlich wütend“ hätten sie diese Schilderungen gemacht, sagte eine Teilnehmerin in der sich anschließenden Diskussionsrunde. Ein Mann fühlte sich angesichts der Erfahrungsberichte „ohnmächtig, betroffen und hilflos“. Wut und Betroffenheit sollen nach dem Wunsch der Veranstalter allerdings in konkretes Aufbegehren gegen die herrschenden Zustände münden. Edlinger kündete an, die „Klageschrift“ in diesem Frühjahr an Schlüsselpersonen in Politik, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen im Saarland zu überreichen, um sie auf diese Weise für die Problematik zu sensibilisieren.

Für den Experten Trabert gibt es noch weitere Akzente, die sich setzen lassen. Er verlangt von den einzelnen Hilfsorganisationen, dass diese bei der Bekämpfung der Armut besser zusammenarbeiten und weniger gegeneinander um öffentliche oder auch private Finanzmittel kämpfen. Er sieht zudem Wohlfahrtsverbände und Kirchen in der Pflicht, sich verstärkt in dieser Angelegenheit zu Wort zu melden. Und an alle Bürger richtete er ebenfalls den Appell, sich einzumischen in die notwendige öffentliche Debatte. Trabert meinte: „Wir sind das Volk. Wir sollten etwas tun, um etwas zu verändern.“

Wulf Wein

Der 62-jährige Jürgen Veit hilft regelmäßig in einer Einrichtung mit, die eine Speisung für arme Menschen anbietet.



Die 57-jährige Beate Philippi ist in der Wärmestube „Wurzellos“ in Saarbrücken tätig.



Der 55-jährige Uwe Hein ist gern in der freien Natur unterwegs.



Die 60-jährige Marianne Rau erinnert sich gern an die Zeit zurück, als sie Busfahrerin war.





| D'Angiolillo

PKW-MAUT | Datenschützer warnen vor dem Aufbau einer „Überwachungsstruktur“

## Big Brother auf der Autobahn

Vor einer „Datenschutz-Zeitbombe“ warnt Reinhard Linz, Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Datenschutz. „Da wird eine Überwachungsstruktur aufgebaut, die fast die gesamte Bevölkerung erfasst“, empört sich Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter von Schleswig-Holstein. Das sei eine „Vorratsdatenspeicherung“, kritisiert der Berliner IT-Jurist Matthias Bergt. Im Namen der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern wehrt sich Johannes Caspar dagegen, „dass Bewegungsdaten von Millionen Verkehrsteilnehmern erhoben und gespeichert werden“. Es sei inakzeptabel, moniert der Hamburger Behördenchef, „täglich an hunderten Kontrollpunkten hunderttausende Kfz-Kennzeichen zu erfassen und zu speichern“.

Die Pkw-Maut, vorangetrieben von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, ist ein Aufregerthema. Blechen die Autofahrer nicht schon mehr als genug? Ist es nicht ein Irrsinn, eine gigantische Organisation für den Mauteinzug, die Verrechnung mit der Kfz-Steuer und die Kontrolle der Reisenden hochzuziehen? Ist Dobrindts fixe Idee mit EU-Recht vereinbar, wenn nur Ausländer zahlen müssen? Lohnt sich der riesige Aufwand für Einnahmen von jährlich 500 Millionen Euro? Fragen über Fragen. Indes erstaunt es, dass über die weitrei-

**Die Lkw-Maut ist längst gängige Praxis in Deutschland, was die Kontrollbrücken an den Autobahnen belegen. Bei Einführung der Pkw-Maut könnten bald alle Autofahrer Opfer einer ungebremssten Daten-Sammelwut werden.**

chende Überwachung der Autofahrer eher am Rande debattiert wird. Anfangs sprachen Horst Seehofer, Dobrindt und andere CSU-Politiker harmlos von einer Vignette für Autobahnen. Da denkt man sofort an die „Pickerl“ an Windschutzscheiben in Österreich, wo die Polizei stichprobenartig kontrolliert. Plötzlich ließ Dobrindt freilich die Katze aus dem Sack. Flächendeckend soll an Kontrollstationen die Mautpflicht elektronisch überprüft werden, auch die bereits installierten Lkw-Mautbrücken kommen dabei ins Spiel. Bis zu 13 Monate sollten Kennzeichen, Photos von Autos und Fahrern, Name und Anschrift der Besitzer sowie Zeit und Ort der Straßennutzung gespeichert werden: Angeblich sind nur so Anträge für eine Maut-Erstattung bei nicht genutzten Autos zu bearbeiten, was höchst selten passieren dürfte. Zudem sind Maut-Register mit jahrelangen Speicherfristen beim Kraftfahrtbundesamt und beim Bundesamt für Güterverkehr geplant.

Ob Arbeitnehmer im Berufsverkehr, Urlauber beim Ferientrip, Fußballfans auf dem Weg zum Auswärtsspiel ihres Vereins, Partyvolk auf der Fahrt in Vergnügungsviertel oder zu Festen: Kameras nehmen alle ins Visier, zumal nicht nur Autobahnen, sondern auch Bundesstraßen unter die Maut fallen. Gleichwohl feiert Dobrindt den „härtestmöglichen Datenschutz“.

Daten würden nicht weitergegeben, auch nicht an Sicherheitsbehörden. Dies hinderte Jörg Ziercke, Ex-Chef des Bundeskriminalamts, freilich nicht daran, für die Polizei den Zugriff auf Bewegungsdaten zu fordern: die Maut als Vorratsdatenspeicherung. Im Übrigen wecken Datenberge so manche Begehrlichkeiten, man denke beispielsweise an Versicherungen.

Immerhin erzielten Kritiker kleine Erfolge. Im Gesetzentwurf für den Bundestag ist nicht mehr von 13-monatiger Datenspeicherung die Rede. Fotos von Kontrollstellen sollen keine Fahrzeuginsassen mehr zeigen. An der elektronischen Erfassung ändert sich aber nichts. Wie lange was im Mautsystem gespeichert wird, ist offen. Auch über das Register beim Kraftfahrtbundesamt wird weiter gestritten. Nun mag zum Start der Pkw-Maut die Weiterleitung von Daten verboten sein. Doch ein Gesetz ist schnell geändert: Ein spektakulärer Terrorakt oder Kriminalfall – und schon kann der Datenschutz passé sein. Im Kern markiert die Maut eine Zäsur in der Menschheitsgeschichte. Bisher wurden Reisende von anderen Leuten gesehen, denen sie zufällig oder absichtlich begegneten. Das war's. Mit diesem „Recht auf anonyme Mobilität“ ist es künftig vorbei: Big Brother fährt mit.

Karl-Otto Sattler

TTIP | 6. Teil der Serie: Auswirkungen auf Bundesländer und Kommunen

# Internationaler Freihandel findet vor der Haustür statt

145.000 Bürgerbeiträge, und damit 97 Prozent aller im Konsultationsverfahren abgegebenen Beiträge, lehnen die Regelungen zur Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten durch Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) ab. Neben Regelungen zu Subventionen und öffentlichem Auftragswesen, zu Dienstleistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge gehören die ISDS-Regeln zu den Themen, von denen Bundesländer und Kommunen besonders betroffen sein können.

ISDS ermöglichen es internationalen Konzernen, die nationale Gerichtsbarkeit zu umgehen und vor internationalen Schiedsgerichten gegen staatliches Handeln zu klagen, wenn sie ihre Gewinne durch dieses Handeln beeinträchtigt sehen. In Deutschland sind finanzielle Entschädigungsleistungen aufgrund von vertraglichen Pflichtverletzungen von derjenigen Ebene zu tragen, die die Verletzung begangen hat. Durch die Aufnahme von Investorenschutzregeln und ISDS wären die Länder und Kommunen folglich internationalen Entschädigungsrisiken ausgesetzt. In Zeiten von Schuldenbremse und Haushaltsnotlage der Kommunen und des Landes könnten allein diese finanziellen Risiken durch Klageandrohungen dafür sorgen, dass staatliche Regulierung, die die Interessen von Konzernen betrifft, unterbleibt.

Neben den aus Sicht der Arbeitskammer abzulehnenden Investitionsschutzbestimmungen spielen für die Kommunen insbesondere die Regelungen im Bereich der (öffentlichen) Dienstleistungen eine zentrale Rolle. Laut Verhandlungsmandat wird hier das Ziel verfolgt, den Dienstleistungshandel auf dem höchsten Liberalisierungsniveau zu binden, das EU und USA in all ihren bisherigen Abkommen eingegangen sind. Genau wie in anderen Bereichen sollen auch im Dienstleistungssektor Marktzugangsbeschränkungen abgebaut werden. Ausdrücklich sind hierbei zunächst alle Sektoren erfasst, also auch die

Zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählt auch die Arbeit der Totengräber auf den Friedhöfen in Städten und Gemeinden.



| picture alliance

öffentlichen Dienstleistungen wie die kommunale Abfall-, Energie- und Wohnungswirtschaft, der ÖPNV, Krankenhäuser, öffentliche Bildungseinrichtungen oder das im letzten Artikel ausführlich behandelte öffentliche Kulturwesen. Ausnahmen gibt es nur für sehr eng definierte „in hoheitlicher Gewalt“ erbrachte Dienstleistungen sowie für Rundfunk, Film und Fernsehen. Zur Daseinsvorsorge ist im Verhandlungsmandat lediglich der Satz zu finden: „Die hohe Qualität der öffentlichen Versorgung in der EU [...] sollte gewahrt werden.“ Liberalisierung und Deregulierung sind also die Schlagworte, die bei den Verhandlungen offensichtlich im Vordergrund stehen.

In einem Papier zum Dienstleistungshandel, das im Rahmen der neuen Transparenzinitiative der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, versucht die EU zu zeigen, dass die Staaten die Erbringung ihrer Daseinsvorsorgeleistungen weiterhin frei gestalten können. Im Rechtsgutachten der Universität Bremen zum Vertragstext des CETA-Abkommens, das als Blaupause für TTIP gilt, kommen die Autoren allerdings zu ei-

nem anderen Ergebnis. Sie sehen das Recht der kommunalen Selbstverwaltung in Gefahr. Die Liberalisierungsanforderungen öffneten den Marktzugang im kommunalen Bereich in einer Weise, die eine am Gemeinwohl orientierte Kommunalpolitik erschwere. Durch Ausschreibungspflichten bei der öffentlichen Auftragsvergabe werde eine privilegierte Vergabe an eigene, gemeinnützige oder ortsansässige Unternehmen erschwert.

Die deutschen Kommunen haben ihre Sorge bereits in einem Positionspapier zum Ausdruck gebracht. Auch die saarländische Landesregierung muss sich mit TTIP und CETA auseinandersetzen und sich positionieren.

Carina Webel, Arbeitskammer  
Referentin für Wirtschaftspolitik

*Thomas Fritz von Campact, einer Organisation, die sich besonders stark in der kritischen Auseinandersetzung mit TTIP engagiert, hat aus TTIP entstehende Probleme für die regionale und lokale Ebene umfassend beleuchtet.*

Link zur Studie: [http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact\\_TTIP\\_vor\\_Ort.pdf](http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf)



Das Wichtigste zu TTIP hat die Arbeitskammer in einem Faltblatt zusammengestellt, das von der AK-Homepage unter [www.arbeitskammer.de/politik](http://www.arbeitskammer.de/politik) heruntergeladen werden kann.



| D'Angiolillo

NS-TERROR | Holocaust-Gedenken des Saar-Landtags

## Wer sich erinnert, wird nie vergessen, was geschah

Am 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee hat eine Delegation des Saar-Landtags an der Gedenkstätte für das einstige Gestapolager Neue Bremm an die Millionen von Opfern durch den NS-Terror erinnert. Der Holocaust-Überlebende George Shefi und Landtagspräsident Hans Ley legten einen Kranz nieder. Shefi bezeichnete den 27. Januar als traurigen Tag, der aber auch Hoffnung machen könne: „Wenn man sich jedes Jahr erinnert, wird man nie vergessen, was geschehen ist.“ Ley mahnte ebenfalls dazu, das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten. Er meinte unter Hinweis auf die jüngsten Terroranschläge in Frankreich und auf die Pegida-Bewegung in Deutschland, solche Ereignisse zeigten, „wie nah Hass und Intoleranz“ heute noch seien. red

Eine Delegation des Saar-Landtags um Hans Ley (r.) und George Shefi (2. v. r.) legte am 27. Januar an der NS-Gedenkstätte Neue Bremm einen Kranz nieder.

BUCH | Zeitzeugen schildern das Grauen

## Vom Leiden der Häftlinge im Gestapolager

An die Auflösung des Saarbrücker Gestapolagers an der Neuen Bremm vor gut 70 Jahren erinnert die Landesvereinigung Saar des Bundes der Antifaschisten mit einem Buch, in dem Erinnerungen und Erlebnisse ehemaliger Häftlinge veröffentlicht werden. Das Lager an der deutsch-französischen Grenze wurde im November 1944 angesichts des Vorrückens der alliierten Truppen von den Nazi-Mordschergen aufgegeben.

Zu diesem Jubiläum ist das Buch „Neue Bremm – DAS LAGER“ erschienen. Es enthält Beiträge aus den bereits früher vorgelegten Bänden „Bis zu den Schultern in der Jauche“ (2001), „Trotz der Leiden – Wir sind immer noch da!“ (2005) und „Neue Bremm – eine höllische Adresse“ (2010). Ergänzt werden diese

Texte durch drei bisher nicht oder nur auszugsweise veröffentlichte Zeitzeugen-Berichte. Einmal geht es um den französischen Widerstandskämpfer Augustin Malroux, der nach seiner Verhaftung einige Wochen im Lager Neue Bremm verbrachte, bevor er in das KZ Sachsenhausen und später in das KZ Bergen-Belsen kam, wo er ermordet wurde. Im Mittelpunkt des zweiten Beitrags steht der Eisenbahner Pierre Verdumo, der 56 Tage im Lager war und die Peinigungen und Torturen überstand. Verdumo wurde dann ins KZ Mauthausen verlegt, wo er in einem Rüstungsbetrieb schuften musste, aber überlebte. Drittens wird der sogenannte „Lagersport“ geschildert, bei dem die Wächter derart brutal, sadistisch und unmenschlich mit den Häftlingen umgingen, dass nicht wenige Betroffene dabei starben. red



| BLV

Horst Bernard (Hrsg.): „Neue Bremm – DAS LAGER“, Blattlaus-Verlag, 198 Seiten, 14,20 Euro, ISBN: 978-3-930771-94-3

HISTORIE | Im Spiegel des „Simplicissimus“

## Kaiserwetter und hörbares Donnergrollen

Im Historischen Museum in Saarbrücken ist noch bis Sonntag, 8. März, die Ausstellung „Zwischen Kaiserwetter und Donnergrollen“ zu sehen. Die Schau bietet Einblicke in die wilhelmische Epoche von 1896 bis 1914 im Spiegel der satirischen Wochenschrift „Simplicissimus“. Für das Blatt beobachteten Literaten und Karikaturisten wie Thomas Theodor Heine, Eduard Thöny oder Olaf Gulbransson mit spitzer Feder und scharfem Blick die Gesellschaft am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die Ausstellung mit 90 Originalentwürfen ist dienstags, mittwochs, freitags und sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags von 10 bis 20 Uhr und samstags von 12 bis 18 Uhr geöffnet. red

SCHAU | Biennale zur UrbanArt ab 29. März

## Moderne Kunst diesmal in zwei Hütten-Hallen

Die Vergrößerung der „UrbanArt Biennale“ für 2015 nimmt konkrete Formen an. Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte wird den überwiegend großformatigen Kunstwerken diesmal zwei Ausstellungsräume widmen. Gezeigt werden die Bilder in der Möllerhalle und in der Erzhalle, wodurch die Gesamtfläche um 1.000 Quadratmeter wächst. Die jüngsten Entwicklungen der zeitgenössischen Urban Art zeigt das Weltkulturerbe ab Sonntag, 29. März, in der Möllerhalle. Ein Überblick über die Geschichte der Graffiti-Kunst und Street Art wird ab Sonntag, 26. April, in der Erzhalle präsentiert. Dadurch sollen noch mehr Besucher als bei der „Biennale 2013“ angezogen werden. red



| UrbanArt® Biennale 2013 im Weltkulturerbe Völklinger Hütte

Auch 2015 wird wie schon 2013 bei der „UrbanArt Biennale“ in Völklingen moderne Kunst präsentiert.

# 29.506

Studierende haben sich nach Angaben des Statistischen Landesamtes im laufenden Wintersemester an saarländischen Hochschulen eingeschrieben. Diese Zahl liegt um 849 oder 3,0 Prozent über der des Vorjahres. 48,8 Prozent der Studierenden sind Frauen und 14,2 Prozent Ausländer. Die Zahl der Studienanfänger stieg um 250 oder 5,2 Prozent auf 5.069.



| D'Angiolillo

Viele Studenten begehren dagegen auf, dass die Landesregierung speziell von der Saar-Universität massive Einsparungen verlangt.

## HOCHSCHULEN | Weitere Proteste gegen Sparpläne der Landesregierung Bei vielen Beteiligten bleibt ein **Unbehagen**

Eine „Endzeitstimmung“ auf dem Campus der Universität wollen Beobachter bereits ausgemacht haben. Die Sparauflagen der Landesregierung stoßen weiter auf Kritik bei Studierenden und Lehrenden. Rund 6.000 Menschen nahmen am 15. Januar an einer Großdemonstration in Saarbrücken teil. Die Teilnehmer warfen CDU und SPD unter anderem vor, „aus Großem Kleinholz“ zu machen. Ministerpräsidentin

Annegret Kramp-Karrenbauer musste sich Pfiffe und Buhrufe anhören, als sie erklärte, dass das Regierungskonzept alternativlos sei. Ob die Saar-Uni es unbeschadet übersteht, wenn einzelne Fakultäten wegen Mittelkürzungen um ein Viertel verkleinert werden müssen, kann derzeit niemand genau sagen. Aus der Studentenschaft und von Professoren ist vereinzelt zu hören, dass es in bestimmten Fächern

mittelfristig eine „Abstimmung mit den Füßen“ geben könnte. Noch ist eine Abwanderungswelle von Akademikern nicht in Sicht. Im Interesse des Wissenschaftsstandortes Saarland sollte ein solches Szenario tunlichst verhindert werden. Insofern wäre es gut, wenn sich alle Beteiligten am Umstrukturierungsprozess recht bald auf einen trag- und mehrheitsfähigen Kompromiss einigen könnten. WW

# Hurra!

Die Weiterbildungsdatenbank Saar

Hier finden Sie das Angebot von über 250 Bildungsanbietern im Saarland auf einen Klick!

[www.weiterbildungsdatenbank-saar.de](http://www.weiterbildungsdatenbank-saar.de)

WEITERBILDUNGS  
DATENBANK SAAR  
  
Suchen. Finden. Wissen.

# Alternative zum Gymnasium soll **absolut gleichwertig** sein



| D'Angiolillo (2)

Das Zwei-Säulen-Modell für die weiterführenden Schulen im Saarland gehört für Kinder, Eltern und Lehrer seit 2012 zum Alltag. Aber es gibt offenbar gerade bei den Gemeinschaftsschulen noch viele offene Fragen, was die konkrete Ausgestaltung und Ausrichtung dieser „Säule“ betrifft. Bei einem bildungspolitischen Forum der Arbeitskammer Anfang Februar im Rathaus Riegelsberg wurde deutlich, dass weiterhin ein großer Informationsbedarf besteht.

Gut 100 Gäste kamen zu der Veranstaltung unter dem Titel „Lernen bis zum Abitur – Gemeinschaftsschule weiterentwickeln!“, die die Kammer mit Lehrgewerkschaften, der Landeselterninitiative für Bildung, dem lokalen Bündnis für Familie und der Gemeinde vorbereitet hatte. Das zeigte, wie sehr das Thema „unter den Nägeln brennt“. Beim Forum formulierten die Podiumsteilnehmer einen gemeinsamen Appell, möglichst landesweit ähnliche Termine zu organisieren und eine „Imagekampagne für die Gemeinschaftsschule“ zu starten.

Man müsse offensiv dafür werben, dass diese Schulen eine andere, aber absolut gleichberechtigte Alternative zum Gymnasium bieten, was den Weg zum Abitur angeht. Hierzu gehöre vor allem eine zeitnahe Oberstufenentwicklung.

In ihrem Impulsvortrag erklärte die langjährige Senatsdirektorin in der Bremer Bildungsbehörde, Cornelia von Ilsemann: „Die Zweigliedrigkeit gelingt, wenn es gleichwertige, aber nicht unbedingt gleichartige Schulangebote gibt.“ Die im norddeutschen Stadtstaat seit 2009 praktizierte Zweigliedrigkeit ähnelt dem saarländischen Modell mit Gemeinschaftsschule (G-9-Option) und Gymnasien (G-8). In Bremen gehen heute 70 Prozent der Schüler auf Oberschulen, die neben mittleren Abschlüssen das G-9 anbieten, 30 Prozent besuchen ein G-8-Gymnasium. Entscheidend für den dortigen Schulfrieden sei, dass trotz unterschiedlicher fachlicher und pädagogischer Profile „alle gesellschaftlichen Kräfte die Zweigliedrigkeit unterstützen“, meinte von Ilsemann.

Die saarländischen Gemeinschaftsschulen leisten mit ihren Angeboten auch einen Beitrag zu einer sozial ausgewogenen Bildungspolitik.

Für den AK-Hauptgeschäftsführer Horst Backes gilt es, im Saarland „eine zukunftsfähige, leistungsstarke und sozial gerechte Schule gleichwertig neben dem Gymnasium zu etablieren“. Die Arbeitskammer verspricht sich durch Schulen mit etwas anderen Angeboten und Strukturen als klassische Gymnasien nicht zuletzt „eine stärkere Durchlässigkeit nach oben“. Die Schulleiter Bernd Schmitz (auslaufende Erweiterte Realschule in Saarlouis-Fraulautern) und Günter Engel (auslaufende Gesamtschule in Riegelsberg) riefen die Landesregierung auf, den Auf- und Ausbau der Gemeinschaftsschulen tatkräftig zu unterstützen und ihnen gleichzeitig die nötige Zeit zu lassen, um die Prozesse sinnvoll voranzutreiben.

Bildungsminister Ulrich Commerçon (SPD) versicherte, die Gemeinschaftsschulen seien „eine gleichwertige Alternative“ zu den Gymnasien. Mit der Wahlmöglichkeit zwischen G-8 und G-9 werde dem Umstand Rechnung getragen, dass Kinder ihre schulische Ausbildung entsprechend ihrer persönlichen Entwicklung in einem unterschiedlichen Tempo angehen und beenden. Commerçon versprach, die Gemeinschaftsschulen durch intensive Betreuung der Schüler und gezielte Weiterbildung der Lehrer umfassend zu fördern. Gleichzeitig bat er um Verständnis, wenn nicht jedes Anliegen sofort umgesetzt werde. Sein Credo für die Schulpolitik laute, „behuhsam, aber beherzt“ vorzugehen.

Wulf Wein

Cornelia von Ilsemann referierte beim AK-Forum in Riegelsberg über das zweigliedrige Schulsystem in Bremen, das dem des Saarlandes ähnelt.



Gewinner  
des Spielfilm-  
Wettbewerbs:  
der Schweizer  
Beitrag „Chrieg“.

| Hugofilm Productions

MAX OPHÜLS PREIS | Das 36. Filmfestival für den deutschsprachigen Kinonachwuchs

## Düstere Bilder von misshandelten Jugendlichen und hilflosen Eltern

Sie konnten einem richtig leidtun: unverstanden, missachtet, gequält, ausgegrenzt, misshandelt. So erging es den meisten Jugendlichen in den Filmen des diesjährigen Wettbewerbs um den Max Ophüls Preis. Es war ein düsteres Bild, das die Nachwuchskünstler da auf der Kinoleinwand von der jungen Generation zeichneten, und es war auch eine bittere Abrechnung mit der Elterngeneration. Gleich mehrere Filme zeigten hilflose, schwache Erwachsene, „die jegliche moralische Haltung verloren haben“, wie es Festivalleiterin Gabriella Bandel ausdrückte.

Wie etwa in dem Schweizer Beitrag „Chrieg“, mit dem der Wettbewerb startete. Heimatlos und verloren wirkt der junge Matteo, seine Eltern versagen bei jedem Versuch, mit ihm zu kommunizieren. Das letzte Mittel scheint ihnen ein Erziehungscamp in den Alpen. Dort erwarten Matteo allerdings keine strengen Pädagogen, sondern drei Jugendliche, die das Gelände (und den einzigen Erzieher) unter ihrer Kontrolle haben. Nach quälenden Demütigungen wird Matteo in die Clique aufgenommen, darf sich an ihren Raubzügen und Gewaltexzessen beteiligen.

Regisseur Simon Jaquemet fasst die diffusen Gefühle von Einsamkeit und Perspektivlosigkeit, dem Verlorensein, bevor das Leben richtig begonnen hat, in wuchtige Kinobilder. Einstimmig entschied sich die

Jury für „Chrieg“ als Hauptpreis. In der Begründung heißt es: „Eine wütende Jugend, geprägt von hilflosen Eltern, erobert sich ihren Raum, in welchem sie nach eigenen Gesetzen ihren Sehnsüchten und Aggressionen freien Lauf lässt. Durch das kraftvolle Ineinandergreifen aller filmischen Mittel schaffen der Regisseur und sein Team großes Kino!“

Dem kann man nur zustimmen. Großen Anteil daran hat sicher auch der Darsteller des Matteo, Benjamin Lutzke. Kein gelernter Schauspieler, ihn las Regisseur Jaquemet nach der ersten Vorstellung. Dass Lutzke dann auch den Preis als bester Nachwuchsschauspieler erhielt, darüber lässt sich allerdings streiten. Auch wenn seine Leistung sicher großartig ist. Aber ob Laien, die Züge ihrer eigenen Biografie darstellen, für schauspielerische Leistungen geehrt werden sollten, wird auch in Fachkreisen zunehmend kritisch gesehen.

Auf Kritik war im Vorfeld bereits gestoßen, dass „Der Bau“ im Wettbewerb lief. Denn der Film von Regisseur Jochen Alexander Freydank, der für seinen Kurzfilm „Spielzeugland“ den Oskar gewonnen hatte, ist mit reichlich saarländischer Hilfe

produziert worden. Da war der SR im Boot, förderten Saarland Medien, Saarland Sporttoto und Innenministerium die Produktion. Gedreht wurde fast ausschließlich im Saarland, in Götterborn und in der Völklinger Hütte. SR-Redakteur Christian Bauer saß in der Auswahljury, Jury-Mitglied David Striesow hat eine kleine Rolle. Mit der Platzierung im Wettbewerb tat man diesem ambitionierten Kunstfilm wahrlich keinen Gefallen. Zumal die Verfilmung des Kafkastoffs trotz der herausragenden Leistung von Axel Prahl doch schwere Kinokost ist. Die zweistündige Begleitung eines Mannes beim Gang in den Wahnsinn ist halt auch nicht jedermanns Sache. Außer Konkurrenz im Rahmen des Festivals gezeigt, hätte der Saarlandbezug aber eine ganz andere Wirkung entfalten können.

So sehen Sieger aus: die Preisträger in den verschiedenen Kategorien.

Gabi Hartmann



| D'Angiolillo

SAARLANDMUSEUM | Die Schau „Mapping the Museum“ spielt mit dem Rohbau

# Momentaufnahme und Blick in die Zukunft zugleich



| Simone Demandt © VG Bild-Kunst, 2014 für Simone Demandt und Rudolf Belling

Die goldschimmernde Schöne, die Simone Demandt im Vierten Pavillon sah, ist noch reine Projektion. Denn immer noch ist der Erweiterungsbau der Modernen Galerie in Saarbrücken ein Rohbau. Doch in ihren Fotografien lässt Demandt vorm kahlen Beton schon mal die Puppen, pardon: Skulpturen, tanzen. Sechs renommierte Künstler hatte das Saarlandmuseum eingeladen, den künftigen Ausstellungsraum mit der Kamera zu erkunden. Während die einen sich eher dokumentarisch mit dem Raum und der Architektur auseinandersetzen, benutzen die anderen bewegtes Licht, Projektionen oder wählten Perspektiven, die ihn verfremden.

„Mapping the Museum“ heißt die Schau mit Arbeiten von Simone Demandt, Eric Lanz, Sven Erik Klein, Sinje Dillenkofer, Hans-Christian Schink und dem Kölner Boris Becker, der auch die Videokamera einsetzte. Noch bis 10. Mai in der Modernen Galerie zu sehen, soll sie, so Museums-Chef Roland Mönig, „eine Momentaufnahme von dem noch ruhenden Bau geben und zugleich zeigen, was er in Zukunft werden kann“. Auch wenn die

Baustelle noch ruht, so sei man hinter den Kulissen doch alles andere als untätig, versichert Mönig. Im September hatte das Kuratorium der Stiftung Kulturbesitz das neue Konzept des Berliner Architekturbüros Kuehn Malvezzi für den Weiterbau abgesegnet. Seit Dezember, als Mönig sein neues Amt als Stiftungsvorstand antrat, arbeitet man intensiv an den Planungen für den Weiterbau. Zurzeit steht die Genehmigungsplanung an, das heißt: die Fertigstellung aller Unterlagen, die die Baubehörde verlangt, um die Baugenehmigung zu erteilen.

„Wir sind kein Einfamilienhaus, wir reden hier von einem Gebäude mit 5.000 Quadratmeter Nutzfläche, davon allein 2.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche, das analysiert werden muss“, stellt Mönig klar. Da könne man nicht erwarten, dass schon nach drei, vier Monaten die ersten Schubkarren „herumwuseln“. Noch in diesem Jahr jedenfalls sollen die Bauarbeiten wieder beginnen, ob wie geplant noch vor dem Herbst, darauf will sich Mönig wegen der vielen Faktoren, die dabei mitspielen, aber nicht mehr festlegen lassen. Sehr wohl aber auf die veranschlagten Gesamtkosten

**Simone Demandt ist eine von sechs Künstlern, die damit beauftragt wurden, den Erweiterungsbau mit der Kamera zu erkunden.**

von 39 Millionen Euro: 30 Millionen Euro für den Neu- und Umbau, zwei Millionen für die Fassade, vier Millionen für die Umfeldgestaltung, zwei Millionen für die Anbindung an den Stadtraum sowie eine Million Euro als Risiko-Vorsorge. Denn mit einigen Firmen, die im ersten Bauabschnitt ausstiegen, führe man noch Verhandlungen über Forderungen.

Offen ist aber auch noch, welchen Text der Künstler Michael Riedel als Grundlage für die Gestaltung der Außenhaut und der Bodenflächen um das Museum verwendet wird. Nachdem seine Idee, eine Landtagsdebatte über den Erweiterungsbau zu nehmen, bei einigen Politikern und Bürgern auf Ablehnung stieß, zeigte sich der Konzeptkünstler für Alternativen offen. Nur: Bis zum Jahresanfang habe man noch keinen tragfähigen Vorschlag bekommen, sagt Mönig. Notwendig sei ein Text, der die kontroversen Diskussionen um den Bau und dessen Neuausrichtung spiegele. Denn diesen Prozess abzubilden, zu spiegeln, sei nun mal Riedels Grundidee. Dafür hat man den Frankfurter ausgewählt, dafür bekam er als Teil des Kuehn-Malvezzi-Teams den Zuschlag. „Es war eine sehr mutige, zukunftsweisende Entscheidung, sie hat mich bei meiner Bewerbung mit motiviert“, erklärt Mönig.

Was aber spricht eigentlich gegen die Landtagsdebatte? Haben sich die Kritiker vielleicht nur nicht genau über Riedels Arbeitsweise informiert? Denn der benutzt den Text lediglich als (authentisches!) Rohmaterial, schnipselt ihn auseinander und verteilt ihn neu über die Fläche wie ein Maler. Ein wenig auch wie ein Dadaist. Die Redner und ihre Aussagen werden später gar nicht mehr erkennbar sein. Sollten den Parlamentariern etwa die eigenen Worte peinlich sein? Dann müssten sie eher die Landtagsprotokolle im Internet fürchten, aber nicht Riedel. Also, nur Mut!

Silvia Buss



| Stiftung Saarländischer Kulturbesitz (2)

1910 malte Weisgerber den „Ausritt im Englischen Garten“ (Foto links) und den „Strand auf Norderney“ (Foto unten).

ALBERT WEISGERBER | Was zum 100. Todestag des bedeutenden saarländischen Malers geplant ist

## Dem Trend zur Abstraktion verschlossen

Was haben die Stadt St. Ingbert und die Kunstgeschichte gemeinsam? In beiden hat Albert Weisgerber den ihm gebührenden Platz noch nicht gefunden. Doch wie heißt es so schön: Wir arbeiten dran. Am 10. Mai jährt sich zum 100. Mal der Todestag des wohl bedeutendsten saarländischen Malers, der mit nur 37 Jahren als Soldat im Ersten Weltkrieg fiel.

Wie gern hätte die Stadt St. Ingbert aus diesem Anlass ihren größten Sohn mit einer Werkschau gewürdigt! Doch das alte Stadt-Museum, das die Weisgerber-Stiftung beherbergte, wurde 2007 aufgelöst, das neue in der Baumwollspinnerei wird nach jüngsten Angaben wohl erst 2017 fertig. So tritt nun das Saarländemuseum, dem selbst An- und Umbauprobleme nicht fremd sind, den St. Ingbertern hilfreich zur Seite. Ab 21. März widmet es Albert Weisgerber (1878 bis 1915) in der Modernen Galerie die wohl erste große Retrospektive, während St. Ingbert das Jahr mit zahlreichen Kunst-Aktionen flankiert und dafür ein leerstehendes Sinn-Kaufhaus zum Weißgerber-Haus umfunktionierte. Filme, Projektionen, Vorträge zu Leben und Werk des Malers sind hier geplant, außerdem ein Malersymposium, Street Art, Lichtkunst.

Schulklassen, Vereine, Bürgerinitiativen will man einbeziehen.

Die Aufteilung auf zwei Orte muss kein Nachteil sein: Zu zweit lässt sich mehr stemmen als allein. So konnte Saarbrücken etwa durch den Verzicht der St. Ingberter auf die Werkschau aus dem Vollen schöpfen: Über 60 Gemälde besitzt das Saarländemuseum, rund 70 die St. Ingberter Weißgerber-Stiftung. Knapp 100 hat Kuratorin Eva Wolf für die Retrospektive ausgewählt, 16 davon sind bundesweite Leihgaben. Gelte der Blick sonst oft dem unvollendeten Weisgerber, wolle man zeigen, wie reichhaltig und vielgestaltig sein Schaffen doch war, erklärt Wolf.

Der Bäcker- und Gastwirtsohn Weisgerber, den es über Kaiserslautern und Frankfurt 1897 zur Kunstakademie nach München zog, entwickelte sich in der Isar-Großstadt zu einer festen Größe in der künstlerischen Avantgarde. Ob Impressionisten oder Expressionisten, Slevogt, Klee, Kandinsky oder Matisse – Weisgerber kannte sie alle, war mit vielen befreundet, beharrte künstlerisch jedoch stets auf einer eigenständigen Position. Weisgerber habe sich oft über viele Jahre hinweg mit einem bestimm-

ten Bildthema beschäftigt und dazu viele verschiedene Fassungen und Vorstudien gemacht, erzählt Wolf. Daran könne man gut ablesen, wie er seine Bildvorstellungen und -ideen entwickelt. Deshalb wird das Museum auch 40 Zeichnungen zeigen, Vorstudien von Gemälden. Beispiele sind der Heilige Sebastian, von Pfeilen durchbohrt, oder auch der biblische Absalom, der mit den Haaren in einem Baum verfangen über dem Abgrund schwebt.

„Was Weisgerber daran interessierte, war das Leiden in schwierigen Situationen, das Ausgesetztsein“, sagt Wolf. Sie führt das auf biografische Fundamentalerlebnisse wie den Tod seiner Mutter und eines jungen Freundes zurück, aber auch auf die „Endzeitstimmung“, die nach der Jahrhundertwende auch in der Avantgarde herrschte. Dennoch: Weisgerber sei kein depressiver Mensch gewesen. „Er hat gern Feste gefeiert, beim Karneval mitgemischt, Caféhäuser besucht“, betont Wolf. So wird man in der Retrospektive denn auch viele Darstellungen von Menschen im Freien, Akte und „fantastische Porträts“ sehen können. Bleibt die Frage: Warum aber blieb Weißgerber der angemessene Platz in der Kunstgeschichte versagt?

Wolf sieht dafür mehrere mögliche Gründe. Zum einen, weil er sich dem Trend zur Abstraktion verschloss, der für diese Epoche lange höher bewertet wurde, zum anderen, weil ein Großteil der vor den Nazis geretteten Weisgerber-Werke im Saarland gelandet ist, und nur vereinzelt in großen Museen der Republik. Daher habe man ihn außerhalb des Landes wenig wahrgenommen. Die Retrospektive soll ihn auch überregional ins rechte Licht rücken.

Silvia Buss



PORTRÄT | Die Malerin Ruth Engelmann-Nünninghof ist auch mit 100 Jahren voller Schaffenskraft

# Reduzierte „Momente“



| D'Angiolillo



| Jung/Städtische Galerie Neunkirchen

Die 100-jährige Malerin an ihrem Arbeitstisch in Bexbach.

Das Bild ohne Titel entstand 1965. Es handelt sich um eine Gouache- und Tusche-Malerei auf Papier.

Noch bis zum 1. März zeigt die Städtische Galerie Neunkirchen Werke von Ruth Engelmann-Nünninghof.

Noch immer setzt sich Ruth Engelmann-Nünninghof in ihrem Haus in Bexbach-Frankenholz gern an ihren Arbeitstisch, um zu malen. „Nicht täglich, wenn ich gerade Lust habe“, sagt die Malerin, die am 5. Januar 100 wurde. Und dann geht alles ganz schnell: Sie greift zu einer Tube mit blauer Acrylfarbe, tupft eine Portion aufs Papier, setzt den Spachtel an, verzieht das Blau in einer einzigen schwingvollen Geste über die Fläche, setzt noch mal hier und da mit der Metallkante einige Akzente – und fertig ist das Werk. Ein wenig wie eine Zen-Kalligraphin kommt einem Engelmann-Nünninghof in diesem Moment vor. Ein langer Weg liegt zwischen den naturalistischen Anfängen ihrer Malerei und den reduzierten „Mo-

menten“, den Bildern der jüngsten Jahre. In der großen Retrospektive, die ihr die Städtische Galerie Neunkirchen zum Hundertsten widmet, kann man ihn nachvollziehen. Hatte sie Vorbilder, Künstler, die sie beeinflussten? Aber nein, winkt die zierliche alte Dame entschieden ab. „Ich wollte doch niemanden kopieren, ich hab einfach nach der Natur gemalt und losgelassen, immer mehr losgelassen“, betont sie, „das war eine natürliche Entwicklung.“

Das Malen war Ruth Nünninghof schon als Kind ein elementares Bedürfnis, ebenso wie der Drang, ihren eigenen Weg zu gehen. Obwohl nur wenige Monate nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Köln geboren, erlebte sie ihre Kindheit mit zwei Geschwistern in Duisburg-Ruhrort doch als wohlbehütet. Der Vater war Architekt, die Mutter eine musisch gebildete Dame, es gab Klavierunterricht und sonntags Ausflüge mit den Fahrrädern, damals noch eine „Nouveauté“. Als die Schülerin mit dem Lieblingsfach Zeichnen den Eltern eröffnet: „Nach dem Einjährigen will ich weg, auf die Werkkunstschule in Köln!“, lässt man sie ziehen. Obwohl ihr Herz am Malen hängt, entscheidet sie sich nach einer Schneiderlehre, Modezeichnen zu studieren und besucht die Zeichenklasse nur nebenbei. Denn – und das sagt sie noch heute: „Nur vom Malen kann man ja nicht leben.“ Und 1937

wollte sie ja auf eigenen Füßen stehen, weiter hinaus: „Nach Berlin!“ Tatsächlich steht ihr da zunächst die Welt offen: Erst wird sie Angestellte in einem Modeatelier und entwirft Kollektionen nach dem neuesten Pariser Schick, dann macht sie ihr eigenes auf. Das läuft so gut, dass sie einen Teil der Leitungsaufgaben abgeben will, um sich ihren eigentlichen Traum zu erfüllen. Ein Haus im Grünen kaufen, um es für sich und andere Künstler als Atelierhaus zu nutzen! Doch dann überfällt Hitler Polen. Als die Bomben fallen, ihr Modeatelier zerstören, flieht sie zur Tante nach Bayern. Dreieinhalb Jahre harret sie am Walchensee aus und zieht sich zurück auf die Malerei. 1945 aber, nach der Befreiung, steckt sie in der Sackgasse: Für einen Neustart in Berlin fehlt ihr das Kapital, bei Papa in Duisburg kann sie zwar unterkommen, doch für Modezeichnerinnen gibt es da wenig Bedarf.

Was also tun? Ein Saarländer namens Engelmann gibt ihrem Leben eine neue Wendung. „Wir haben uns auf einer Zugfahrt kennengelernt und seitdem häufiger geschrieben“, erzählt Ruth Nünninghof. An Ehe habe sie eigentlich nie gedacht, doch als er Witwer wurde und sie fragte, sagte sie ja. Bereut hat sie es nie. Von 1955 bis 1985 haben sie das Leben miteinander geteilt. Neben den Aufgaben als Hausfrau und Mutter zweier halbwüchsiger Stiefkinder widmete sich die Malerin auch ausgiebig der Kunst.

In Neunkirchen hebt sie in den 1950er Jahren den Künstlerkreis aus der Taufe, kann ausstellen, reisen, und sich noch einen alten Traum erfüllen. „Ich wäre auch gern Architektin geworden“, erklärt sie. Also entwirft sie das Haus im Grünen für sich und ihren Mann selbst. Als er später, schon erkrankt, sagt, es habe ihm das Leben verlängert, ist sie „glücklich und froh“. „Etwas Besseres kann es doch gar nicht geben“, sagt Ruth Engelmann-Nünninghof zufrieden. Vom Wohnzimmerstuhl aus schweift ihr Blick über den Garten zum Wald. Nun ja, eines vielleicht noch: Farbe, Papier und den Moment, wenn sie malt.

Silvia Buss



| © Antonioguilem/Fotolia

**ARBEITSRECHT |**  
„Neutrales Verhalten“  
kann eingefordert werden

## Kopftuchverbot in kirchlichen Einrichtungen möglich

Grundsätzlich kann Mitarbeitern in kirchlichen Einrichtungen das Tragen eines Kopftuches untersagt werden. Das hat das Bundesarbeitsgericht in einem Urteil vom 24. September 2014 entschieden.

Im Verfahren wurde der Fall einer muslimischen Krankenschwester verhandelt, die in einem Krankenhaus in evangelischer Trägerschaft arbeitete. Während sie viele Jahre lang dort ohne Kopftuch tätig gewesen war, beschloss sie kurz vor der Geburt ihres Kindes, künftig ein Kopftuch zu tragen. Auch nach einer längeren Pause infolge von Elternzeit und Krankheit bestand sie darauf, nur noch mit Kopftuch zum Dienst zu erscheinen, womit ihr Arbeitgeber nicht einverstanden war und sie in der Folge von der Arbeit freistellte.

Während das Arbeitsgericht Bochum der Frau in erster Instanz Recht gab, kamen das Landesarbeitsgericht Hamm sowie in letzter Instanz das Bundesarbeitsgericht zu dem Ergebnis, das Kopftuchverbot sei vom „Weisungsrecht“ des kirchlichen Arbeitgebers gedeckt, da die Kundgabe einer abweichenden Religionszugehörigkeit in einer kirchlichen Einrichtung regelmäßig nicht mit der arbeitsrechtlichen Verpflichtung der Arbeitnehmer zu einem „neutralen Verhalten“ vereinbar sei. SW

Aktenzeichen 5 AZR 611/12

In kirchlichen Einrichtungen müssen sich Beschäftigte damit abfinden, wenn der Arbeitgeber ein Kopftuchverbot anordnet.

**KÜNDIGUNG | Abmahnung muss einschlägig sein**

## Schlafen im Dienst führt nicht zwingend zum Rausschmiss

In einem Urteil vom 19. November 2014 hat das Arbeitsgericht Köln entschieden, dass die Kündigung einer Bahnmitarbeiterin unwirksam war, die während ihrer Arbeitszeit sieben Stunden lang schlief. Sie hatte sich wegen Unwohlseins in ein Abteil gesetzt und war dann eingeschlafen. Obwohl sie darum gebeten hatte, bei Bedarf gerufen zu werden, hatte niemand sie geweckt.

Circa sieben Wochen später kündigte die Deutsche Bahn ihr ordentlich, da das Unternehmen das Einschlafen während des Dienstes als Arbeitsverweigerung wertete. Außerdem berief sich die Bahn

darauf, die Mitarbeiterin sei zuvor bereits zweimal abgemahnt worden, nachdem sie ihren Dienst wegen Verschlafens zu spät angetreten hatte.

Das Arbeitsgericht Köln hielt die Kündigung aber für unverhältnismäßig und argumentierte, die Mitarbeiterin hätte zunächst erneut abgemahnt werden müssen, da die vorausgegangenen Abmahnungen nicht einschlägig gewesen seien. Beim Verschlafen des Dienstes handele es sich um eine andere Pflichtverletzung als beim Einschlafen im Dienst. SW

Aktenzeichen 7 Ca 2114/14



| © B.Jackson/Fotolia

Bei Mobbing sollte den Verursachern eigentlich immer eine „rote Karte“ gezeigt werden.

**MOBBING | Urteil zur Verwirkung eines Anspruchs**

## Schmerzensgeld kann auch nach längerer Frist noch fällig werden

Ein Anspruch eines Arbeitnehmers auf Schmerzensgeld wegen Mobbing kann zwar – wie andere arbeitsrechtliche Ansprüche auch – verirken, jedoch genügt hierfür die bloße Untätigkeit des Arbeitnehmers über einen längeren Zeitraum hinweg nicht. Vielmehr ist zusätzliche Voraussetzung für das Vorliegen einer Verwirkung, so das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem Urteil vom 11. November 2014 (Aktenzeichen 8 AZR 838/13), dass aufgrund besonderer Umstände eine Pflicht zur zeitnahen Geltendmachung bestehe. Das durch Richterrecht geschaffene Institut der Verwirkung dürfe nicht dazu führen, dass die gesetzliche Verjährungsfrist, die im Arbeitsrecht drei Jahre beträgt, unterlaufen werde.

Im konkreten Fall hatte ein Arbeitnehmer seinen früheren Vorgesetzten auf Zahlung von Schmerzensgeld wegen Verletzung der Gesundheit und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts verklagt und sich dabei auf Vorfälle in den Jahren 2006 bis 2008 gestützt, die er als Isolierung, Herabwürdigung und Schikane empfand. Seine Klage ging erst Ende 2010 bei Gericht ein. Das Landesarbeitsgericht Nürnberg lehnte einen Schmerzensgeldanspruch wegen Verwirkung ab und bezeichnete eine Klage nach derart langem Zuwarten als treuwidrig. Da das BAG dies anders sah, muss das Landesarbeitsgericht sich nun erneut mit dem Fall befassen und prüfen, ob tatsächlich Mobbing betrieben wurde. SW

TELEFONAKTION | Fragen und Antworten zum Thema Elterngeld, Elternzeit, Betreuungsgeld

# Auch berufstätige **Väter** können Elternzeit in Anspruch nehmen

| **FRAGE:** Hat auch mein Mann Anspruch auf Elternzeit?

| **ARBEITSKAMMER:**

Auch Väter können Elternzeit in Anspruch nehmen, sofern sie in einem Arbeitsverhältnis stehen. Dies gilt nicht nur für Vollzeitbeschäftigte, sondern auch für Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte, geringfügig oder befristet Beschäftigte und Beamte. Voraussetzung ist jedoch, dass er mit dem Kind in einem gemeinsamen Haushalt lebt, dieses Kind überwiegend selbst betreut und erzieht und nicht oder maximal 30 Wochenstunden erwerbstätig ist.

| **FRAGE:**

Erwerbe ich während der Elternzeit einen Urlaubsanspruch?

| **ARBEITSKAMMER:**

Der jährliche Urlaubsanspruch kann für jeden vollen Kalendermonat, den Sie sich in Elternzeit befinden, um ein Zwölftel gekürzt werden, nicht jedoch für die Dauer der Mutterschutzfristen. Endete die Mutterschutzfrist zum Beispiel im Laufe des Monats August 2014 und begann im Anschluss die Elternzeit, darf der Urlaub für das Jahr 2014 um vier Zwölftel gekürzt werden, also für die vollen Elternzeitmonate September bis Dezember.

Konnten Sie Ihren Urlaub nicht oder nicht vollständig vor Beginn der Elternzeit nehmen, wird er übertragen bis nach der Elternzeit und kann im Jahr der Beendigung der Elternzeit oder im darauffolgenden Jahr genommen werden.

| **FRAGE:**

In welchem Umfang darf ich während des Elterngeld-Bezuges arbeiten?

| **ARBEITSKAMMER:**

Während des Bezuges von Elterngeld können Sie maximal 30 Wochenstunden einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies ist entweder beim gleichen oder auch bei einem anderen Arbeitgeber möglich. Wenn Sie jedoch bei einem anderen Arbeit-



| D'Angiolillo (3)

Die AK-Beraterinnen **Monika Schmidt** (Bild links) und **Simone Reichelt** (Bild rechts) beantworteten Leserfragen im Rahmen einer Telefonaktion der Saarbrücker Zeitung.



geber eine Teilzeittätigkeit während der Elternzeit aufnehmen möchten, muss Ihr bisheriger Arbeitgeber zustimmen.

| **FRAGE:** Ab wann, wie lange und unter welchen Voraussetzungen kann ich Betreuungsgeld beziehen?

| **ARBEITSKAMMER:**

Betreuungsgeld erhalten Sie grundsätzlich ab dem 15. Lebensmonat des Kindes auf Antrag. Voraussetzung ist jedoch, dass das Kind nicht in einer staatlich geförderten Einrichtung betreut wird, sondern privat. Eine private Betreuung liegt nicht nur vor, wenn die Eltern das Kind betreuen, sondern auch bei Betreuung durch die Großel-

tern oder eine Au-Pair-Kraft. Die Höhe des Betreuungsgeldes beträgt 150 Euro.

Wenn Sie mit Ihrem Partner das Ihnen zustehende Elterngeld bereits vor dem 15. Lebensmonat vollständig in Anspruch genommen haben (gleichzeitiger Bezug des Elterngeldes), kann das Betreuungsgeld schon ab dem 13. Lebensmonat bezogen werden. Es bleibt jedoch bei der maximalen Bezugsdauer von 22 Monaten.

Monika Schmidt und Simone Reichelt,  
Arbeitskammer  
Fachberaterinnen  
in der Abteilung Beratung

UMTAUSCH | Kein verbindlicher Anspruch

## Videospot klärt Verbraucher über Kulanz auf

Kunden können sich bei der Rückgabe von unpassenden Geschenken oder anderen Produkten nach Angaben der Verbraucherzentrale (VZ) des Saarlandes nicht in jedem Fall auf einen Rechtsanspruch berufen. Ein neuer Videospot der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz in Kooperation mit der VZ informiert über das Thema.

„Es handelt sich um einen weit verbreiteten Irrtum, dass man alle Verträge innerhalb von 14 Tagen rückgängig machen kann“, erläutert VZ-Juristin Yvonne Schmieder. Viele Geschäfte nähmen zwar Geschenke zurück und erstatteten den Kaufpreis: „Ein Anrecht darauf gibt es aber nicht.“ Dabei handele es sich um ein Entgegenkommen. Der Gesetzgeber räume Verbrauchern ein Widerrufsrecht ein, wenn sie die Waren nicht prüfen können, etwa bei einer Internet-Bestellung. Im Laden könnten die Kunden hingegen die Waren eingehend in Augenschein nehmen und testen. Ein Umtausch sei Kulanz, der Händler könne den Wert in Form von Bargeld oder als Gutschein erstatten. Auch bei Messeinkäufen können Verträge nicht generell widerrufen werden, so Schmieder. red

Wer viel mit handgeführten Kettensägen arbeitet, bei dem steigt das Risiko, am Carpal-Tunnel-Syndrom zu erkranken.



| © Farmer/Fotolia

GESUNDHEIT | „Risiko“-Liste ist erweitert worden

## Vier neue Berufskrankheiten werden jetzt anerkannt

Seit Januar 2015 umfasst die Liste der anerkannten Berufskrankheiten vier weitere Erkrankungen. Neu aufgenommen wurden der weiße Hautkrebs, das Carpal-Tunnel-Syndrom, das Hypothenar-Hammer-Syndrom und der Kehlkopfkrebs. Wenn diese Erkrankungen als Folge einer bestimmten Arbeit diagnostiziert werden, haben die Betroffenen einen Anspruch auf Heilbehandlung aus der gesetzlichen Unfallversicherung. Bei Arbeitsunfähigkeit oder dauerhafter Erwerbsminderung können auch Geldleistungen beansprucht werden.

Weißer Hautkrebs kann durch langjährige Sonneneinstrahlung entstehen. Ein erhöhtes Risiko haben „Outdoor“-Beschäftigte beispielsweise am Bau. Das Carpal-Tunnel-Syndrom kann auftreten durch

bestimmte manuelle Tätigkeiten, unter anderem als Steinsetzer, bei Arbeiten mit handgeführten Kettensägen, in der Fleischverpackung, bei der Fließbandarbeit in der Autoindustrie oder beim Kassieren im Supermarkt mit Umsetzen von Lasten.

Beim Hypothenar-Hammer-Syndrom (oder Thenar-Hammer-Syndrom) handelt es sich um eine Gefäßschädigung der Hand durch stoßartige Kraffeinwirkung, wenn die seitliche Handfläche oder der Daumenballen als Hammer genutzt werden – etwa wenn bei der Fließbandarbeit Teile festgedrückt werden müssen. Ein erhöhtes Kehlkopfkrebsrisiko durch Dämpfe besteht zum Beispiel bei der Behandlung von Metalloberflächen mit Schwefelsäure. red

Der Videospot ist im Internet unter [www.youtube.de/verbraucherstiftung](http://www.youtube.de/verbraucherstiftung) abzurufen. Bei Fragen zu Umtausch und Widerruf können sich Kunden aber auch direkt an die Verbraucherzentrale des Saarlandes wenden.

Das gute Gefühl der richtigen Entscheidung

Optimal strukturiert für Ihren Erfolg!

[www.od-online.de](http://www.od-online.de)

**PRINT**  
Full-Service im Druck.

**IDEA**  
Kreativ auf Papier.

**MAIL**  
Zielgenau im Dialog.

**SMILE**  
Einfach und Preiswert.

**O/D**  
DIE DRUCKEREI.

Ottweiler Druckerei und Verlag GmbH  
Johannes-Gutenberg-Straße 14 · 66564 Ottweiler · Telefon: 06824-9001-0

Wir freuen uns auf Ihren Besuch





| D'Angiolillo

Referenten und Organisatoren (v. l.): Carina Weibel, Ralf Becker, Torsten Brandt (Arbeitskammer), Martina Scheffler (PLUSCARD GmbH), Anne Stührenberg (saar.is), dahinter Manfred Essigkrug (Betriebsrat) und Martin Dickmann (Geschäftsführer der Saar-Metallwerke GmbH), Kerstin Blass (BEST e. V.), Stefan Ewald und Christian Saar, Beschäftigte der Saar-Metallwerke.

PROJEKTE | Betriebliche Gesundheitspolitik

## Die Verantwortung der Unternehmen

Um die Verantwortung von Unternehmen für ihre Mitarbeiter im Rahmen betrieblicher Gesundheitspolitik ging es bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Arbeitskammer und saar.is, der Standortinitiative der Landesregierung, Ende vergangenen Jahres in der IHK. Dabei wurden die Projekte „BetriebsMonitor Gute Arbeit“ der Arbeitskammer und „CSR-Kompetenz für saarländische Kleine und Mittlere Unternehmen“ der saar.is kurz vorgestellt und aus jeweiliger Perspektive in das Thema „Corporate Social Responsibility“ (CSR) beziehungsweise „Unternehmensverantwortung“ eingeführt. Betriebliche Gesundheitspolitik ist zunächst gesetzlich geregelt (dazu

zählen Arbeitsschutz und auch die mitbestimmungspflichtige Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen). Darüber hinaus gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, die erst einmal über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen, als Ergebnis einer Gefährdungsbeurteilung aber wiederum notwendig werden können (Gesundheitsförderung wie Führungskräftebildungen oder Sportangebote). Am Beispiel der Saar-Metallwerke GmbH wurde vorgestellt, wie im Rahmen des „BetriebsMonitor Gute Arbeit“ unter Mithilfe von BEST e. V. der Abbau psychischer Belastungen gemeinsam durch das Management und die Beschäftigten angegangen wurde. Eine andere

Möglichkeit zeigte das Beispiel der Einführung betrieblicher Sozialarbeit durch das Management des Bankdienstleisters PLUSCARD GmbH im Rahmen des CSR-Projektes der saar.is. Insgesamt wurde deutlich, dass die Sicherstellung guter Arbeit ein zentraler Bestandteil einer umfassenden CSR-Strategie ist. Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung sind dabei sowohl wesentliches Element als auch ein notwendiges Mittel zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Effektivität sozial verantwortlicher Unternehmensführung.

Torsten Brandt, Arbeitskammer  
Referent für betriebliche Sozial- und Personalpolitik

EUROPA | Zu Gast im EU-Parlament in Straßburg

## Diskussion über wachsenden Einfluss des Rechtspopulismus

Ende des Jahres hatte eine Gruppe des Interkulturellen Kompetenzzentrums der Arbeitskammer des Saarlandes und des Vereins BARIŞ – Leben und Lernen e.V. auf Einladung des saarländischen SPD-Europaabgeordneten Jo Leinen die Gelegenheit, das Europäische Parlament in Straßburg zu besuchen. Schon die Architektur des Gebäudes beeindruckte die fast 50 Teilnehmer sehr, da sie zeigt, dass die EU noch für andere Länder offensteht. Nach allgemeinen Informationen über die Funktion und Arbeitsweise des Parlaments konnten die Besucher sich mit Jo Leinen persönlich austauschen. Diskutiert wurden die Bedingungen eines möglichen Beitritts der Türkei zur EU, die zunehmende Entdemokratisierung Ungarns und der wachsende Einfluss des Rechtspopulismus und dessen Folgen für Europa. Spannend war auch der Besuch einer Plenarsitzung, bei der über die Anerkennung eines Staates Palästina debattiert wurde. Abgerundet wurde das Programm durch eine informative Stadtbesichtigung, bei der der europäische Gedanke immer wieder im Vordergrund stand. HK



| privat

Der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen mit seinen Gästen im Straßburger EU-Parlament.

8. MÄRZ | Am internationalen Frauentag ins Kino

## AK und DGB zeigen Film



Von allen saarländischen Medien folgten Vertreter der Einladung zu einem Presse-Hintergrundgespräch. Vorstandsvorsitzender Hans Peter Kurtz (rechtes Foto 2. v. r.) stellte die Arbeitsschwerpunkte vor. Dabei auch (v. l.) Hauptgeschäftsführer Horst Backes, Pressesprecher Peter Jacob und der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dietmar Geuskens.

Am Internationalen Frauentag am 8. März laden Arbeitskammer und DGB Rheinland-Pfalz/Saarland wie im letzten Jahr wieder zu einem Filmnachmittag im Kino Achteinhalb (Nauwieser Str. 19 in Saarbrücken). Sie präsentieren den Film: „Zwei Tage, eine Nacht“ von Jean-Pierre und Luc Dardenne, für den die Hauptdarstellerin Marion Cotillard den Europäischen Filmpreis erhalten hat. Beginn ist bereits um 14 Uhr im Innenhof Nauwieser 19 mit einem Sekt-Empfang. Um 15 Uhr wird dann der Film gezeigt, anschließend findet im Kinosaal eine Diskussion statt.

Zu der Veranstaltung wird auch Monika Bachmann, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, erwartet. Der Eintritt ist frei, eine vorherige Anmeldung wegen des begrenzten Platzangebotes aber unbedingt notwendig, Tel.: (0681) 400010 oder saar@dgb.de.

In dem belgisch-französisch-italienischen Sozialdrama „Zwei Tage, eine Nacht“ hat Sandra nur sehr wenig Zeit, ihre Kündigung noch zu verhindern. Sie muss ihre 16 Arbeitskollegen davon überzeugen, auf 1.000 Euro Bonuszahlung zu verzichten, damit die junge Mutter bleiben kann. Sie sucht sie einzeln auf – und trifft auf die unterschiedlichsten Reaktionen red

PRESSEKONFERENZ | AK stellt Schwerpunkte vor

## Ein Landesentwicklungsplan ist längst überfällig

Zum Jahresauftakt hat die Arbeitskammer Journalisten bei einem Mittagessen über die inhaltlichen Schwerpunkte des kommenden Jahres ins Bild gesetzt. Dabei forderte der AK-Vorstandsvorsitzende Hans Peter Kurtz eine abgestimmte Landesentwicklungsplanung für das Saarland. Sowohl die Industriepolitik als auch eine Weiterentwicklung der Dienstleistungspolitik sollen aus Sicht der Arbeitskammer in diesem Kontext als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die mit den übrigen Politikbereichen zu einem Plan für die Zukunft des Landes weiterentwickelt werden müssen. Die übrigen Politikbereiche müssten dann ebenfalls verantwortlich an der Idee einer starken Industrie beteiligt werden. So seien die öffentliche Daseinsvorsorge und eine moderne Infrastruktur keine beliebig kürzbaren Kostenfaktoren, sondern wesentli-

che Beiträge zur Gestaltung eines attraktiven Lebensraums und damit unverzichtbar für eine Halte- und Zuwanderungsstrategie von Fachkräften, erklärte Kurtz. Auch die Sicherung und der Ausbau der saarländischen Hochschulen sei für die Arbeitskammer ein wesentlicher Teil erfolgreicher Industriepolitik und positiver Landesentwicklung. Schwerpunkte der Arbeitskammer werden 2015 sein:

- Arbeit und Wirtschaft – für eine nachhaltige und beschäftigungsorientierte Dienstleistungspolitik
- Gute Arbeit und gesundes Leben – die Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen gestalten
- Zukunft der Pflege – im Wandel der alternden Gesellschaft aktiv handeln
- Finanzlage im Saarland – Kommunen, Kreise und Land am Abgrund – wie geht es weiter? GH



| D'Angiolillo (2)

AK-FORUM | Arbeits- und Gesundheitsschutz

## Wege zur Gleichstellung in der Praxis der Betriebe aufzeigen

Ist Gleichstellung im Arbeits- und Gesundheitsschutz: (K)Ein Thema? So fragt ein AK-Forum am Donnerstag, 5. März, von 14 bis 17 Uhr im Großen Saal der Arbeitskammer in Saarbrücken. Frauenbeschäftigung spielt sich häufig in prekären Verhältnissen ab. Aber auch in regulären Berufen herrschen oft schwierige Arbeitsbedingungen. Unter der Überschrift „Gute Arbeit“ sollen die Gender-Aspekte im Arbeits- und Gesundheitsschutz stärker in den Vordergrund gerückt und Wege aufgezeigt werden, wie man sie besser in die Praxis der Betriebe aufnehmen kann. Das Hauptreferat zum Thema hält Barbara Reuhl, Referentin für Arbeitsschutz und Gesundheitspolitik bei der Arbeitnehmerkammer in Bremen. Im Anschluss diskutieren Vertreter aus den Betrieben, dem zuständigen Ministerium des Saarlandes und der Gewerkschaften über die Problematik. red

## AKTUELLE BROSCHÜRE | Alle Infos zur Einkommensteuer



Die Arbeitskammer hat die Broschüre „Einkommensteuer“ neu herausgegeben. Mit der Broschüre gibt die AK steuerpflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Anleitung für die Einkommensteuerveranlagung 2014 an die Hand. Zahlreiche Beispiele helfen beim Ausfüllen der Steuerformulare. Aktuelle Formulare sind ebenso abgedruckt wie Auszüge aus den Grund- und Splittingtabellen. Die 216 Seiten starke Broschüre gibt es für Mitglieder der Arbeits-

kammer des Saarlandes kostenlos. Sonstigen Beziehern wird ein Kostenbeitrag von sieben Euro zuzüglich Porto in Rechnung gestellt. red

*Bestellungen unter Telefon (0681) 4005-444, Fax (0681) 4005-411, E-Mail: [info@arbeitskammer.de](mailto:info@arbeitskammer.de), Internet: [www.arbeitskammer.de](http://www.arbeitskammer.de). Dort kann die Broschüre auch kostenlos im pdf-Format heruntergeladen werden oder online gelesen werden. Möglich ist dies auch mit der neuen Arbeitskammer-App für iPads.*

## BERATUNGSBILANZ |

### Nachfrage gestiegen

Die Arbeitskammer des Saarlandes hat im Jahr 2014 einen Anstieg bei der Zahl der Beratungsanfragen verzeichnet. Genau 40.997-mal wurden die Expertinnen und Experten meist telefonisch oder persönlich um Hilfe gebeten (2013: 37.052 Anfragen). Die meisten Beratungen gab es im Bereich des Arbeitsrechts (17.849), gefolgt von Steuersachen (15.624) und Sozialrechts-Angelegenheiten (7.524). Das Team um den Leiter der Beratungsabteilung, Heribert Schmitt, kümmerte sich um die unterschiedlichsten Anliegen: Mal ging es um den Mutter- und Elternschutz, dann um Arbeitszeugnisse sowie um allgemeine Steuerprobleme oder auch um gezielte Auskünfte in Sachen Sozialversicherung. red

**Die Beraterinnen und Berater der Arbeitskammer kümmern sich um Anliegen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht, Tel. (0681) 4005-100/150/200.**

## NACHRUF |

### Berater Simon gestorben



| D'Angiolillo

Im Alter von 58 Jahren ist der AK-Berater Thomas Simon plötzlich gestorben. Er war seit 1989 bei der Arbeitskammer beschäftigt, zunächst in der

Buchhaltung des Ferienwerks. Parallel absolvierte er einen berufsbegleitenden Studiengang zum Betriebswirt Personal- und Sozialwesen an der Akademie für Arbeit und Sozialwesen der Arbeitskammer. Nach erfolgreichem Abschluss wechselte er 2001 in die neu gegründete Beratungsabteilung. Dort war er für Fragen zu Kranken- und Rentenversicherung, Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit zuständig. red

## SEMINARE | Bildungszentrum Kirkel

### Interessante Fortbildungen ab März

Für folgende interessante Seminare der Arbeitskammer und der Beratungsstelle für Betriebs- und Personalräte im Saarland (BEST) gibt es noch freie Plätze:

**03.03.–04.03.:** Arbeitszeit mitbestimmen – Grundlagen, Gestaltungsfelder, Rechtsprechung

**16.03.–20.03.:** Bergbaugeschichte und Bergbaukultur an der Saar

**16.03.–20.03.:** Sichere Nutzung des Internets mit Windows

**17.03.–18.03.:** Gute Arbeit

braucht ein „Betriebliches Gesundheitsmanagement“

**21.04.–22.04.:** Gute Arbeit bis zur Rente – Den demografischen Wandel im Betrieb meistern

**04.05.–08.05.:** Sich und andere führen

**19.05.–20.05.:** Smartphones am Arbeitsplatz: Nutzungsregeln, Sicherheit, Datenschutz – Was ist zu beachten?

**29.05.:** Moderne Umgangsformen für Azubis

**01.06.–03.06.:** Internetsicherheit unterwegs

**08.06.–12.06.:** Heimat in Europa – Eine kleine Geschichte der Großregion

**09.06.–10.06.:** Sicherheit und Gesundheit im Betrieb – vom Arbeitsschutz zur Gesundheitsförderung

**09.06.–10.06.:** Alles, was zählt: Bei wirtschaftlichen Fragen Bescheid wissen

**23.06.–24.06.:** Mitbestimmung bei Einführung und Betrieb von IT-Systemen

**23.06.:** Betriebliches Eingliederungsmanagement

**14.07.:** Re-Zertifizierung von ProfilPASS-Berater/-innen – Praxisreflexionstag

**16.07.:** Gesundheitsgefährdungen durch belastende Arbeitsfaktoren – Wie können Ergonomie und Politik helfen?

**20.07.–24.07.:** Projekte erfolgreich planen und durchführen

## AK-ZEITSCHRIFTEN | Wechsel in der Redaktion

### Wulf Wein ist neu im Team

Seit Anfang Januar ist die Redaktion der Zeitschriften „arbeitnehmer“ und „in4mation“ wieder komplett. Wulf Wein (57) hat die Nachfolge von Anke Bauer angetreten, die im August die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit verlassen hatte. Wulf Wein hat einen Universitätsabschluss als Magister Artium (M. A.) in Geschichte, Soziologie sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaften. Er lebt seit 1988 im Saarland und arbeitete von 1988 bis 1992 und von 1997 bis 2008 in verschiedenen Funktionen als Redakteur für die „Saarbrücker Zeitung“. Von 2009 bis 2014 war der neue AK-Kollege im Saarland als freier Journalist für verschiedene Presseorgane und für Nachrichtenagenturen tätig. red



| D'Angiolillo

**Ergänzende Informationen zu den Seminaren im BZK gibt es unter [www.bildungszentrum-kirkel.de](http://www.bildungszentrum-kirkel.de) oder telefonisch unter (06849) 9090. Dort sind auch Anmeldungen zu einzelnen Veranstaltungen möglich.**



**NEU!**  
Alle AK-Broschüren  
jetzt auch als Download  
verfügbar!

## Offene Fragen? Nicht mit uns!

Nützliche Informationen bieten die Broschüren und Info-Faltblätter der Arbeitskammer. Die Themenpalette reicht vom Arbeitsrecht bis zur Lohnsteuer, vom Schwerbehindertenrecht bis zum Arbeitsschutz, vom Kindergeld bis zur Teilzeitbeschäftigung.

Mitglieder der Arbeitskammer bekommen alle Broschüren und Faltblätter kostenlos unter [www.arbeitskammer.de/publikationen](http://www.arbeitskammer.de/publikationen) per Download im Internet. Dort findet man auch den Broschüren-Shop und kann gedruckte Exemplare bestellen.



*Was ist, wenn ich  
schwanger werde?  
Habe ich dann wirklich  
Kündigungsschutz?*

## Sie fragen. Wir beraten. Gezielt.

Als moderner Dienstleister vertreten wir die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Saarland. Beratung ist für unsere Mitglieder\* kostenlos. Fragen Sie uns!

\*Mitglieder der Arbeitskammer sind alle im Saarland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**Terminvereinbarung:**  
Arbeits- u. Sozialrecht  
0681 4005-100/-150/-200  
**Lohnsteuer**  
0681 4005-211  
beratung@arbeitskammer.de

Arbeitskammer des Saarlandes  
Haus der Beratung | Trierer Straße 22 | 66111 Saarbrücken  
Broschürentelefon: (0681) 4005 - 444  
E-Mail: [beratung@arbeitskammer.de](mailto:beratung@arbeitskammer.de) | Internet: [www.arbeitskammer.de](http://www.arbeitskammer.de)

  
Arbeitskammer | des Saarlandes